Nr. 12 — Halle a. S., Dienstag den 16. Januar 1900. — 17. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 60 Pfg. vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.66 Mk. exkl. Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. — Redaktion: Harz 42/43

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Vereins-, Partei- u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. für auswärt. Anzeig. 25 Pfg.

Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate für die tägliche Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Achtung, Parteigenossen in den Landgemeinden!

Nach § 56 der Landgemeinde-Ordnung hat die Auslegung der Wählerlisten zu den im März stattfindenden Gemeinderatswahlen

vom 15. bis 30. Januar

zu erfolgen. Die Genossen haben die Verpflichtung, Freunde und Gesinnungsgenossen auf die Auslegung der Wählerlisten aufmerksam zu machen, und gegebenenfalls das Einsehen in die Wählerliste für sich und andere mit zu übernehmen.

Die Auslegung erfolgt in der Wohnung des Gemeinde-Vorstehers oder im Gemeindehause. Der Gemeinde-Vorsteher ist verpflichtet, das Nachsehen zu gestatten oder selbst zu übernehmen.

Die Vorbedingung zur Wahlberechtigung ist die Einsichtnahme in die Wählerlisten. Wer in diesen nicht eingetragen ist, darf nicht wählen.

Wahlberechtigt

ist nach § 41 der Gemeinde-Ordnung jeder Gemeindeangehörige, welcher 24 Jahre alt ist, und

1. Angehöriger des **Deutschen** Reiches ist (er braucht also nicht Preuße zu sein. Jeder Bayer, Sachse 2c. ist wahlberechtigt, wenn er die sonstigen Vorbedingungen erfüllt);
2. die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt;
3. seit einem Jahre in dem Gemeindebezirke seinen Wohnsitz hat;
4. keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt;
5. die auf ihn entfallenden Gemeindeabgaben bezahlt hat, und außerdem
6. entweder
   a) ein Wohnhaus in dem Gemeindebezirke besitzt, oder
   b) von seinem gesamten innerhalb des Gemeindebezirks gelegenen Grundbesitze einen Jahresbeitrag von mindestens drei Mark an Grund- und Gebäudesteuer entrichtet, oder
   c) zur Staatseinkommensteuer veranlagt ist, oder
   d) zu den Gemeindeabgaben nach einem Jahreseinkommen von mehr als 660 Mark herangezogen wird bezw. vierteljährlich mindestens eine Mark Steuern bezahlt.

Das Nachsehen in den Listen kann von einer Person für mehrere besorgt werden.

Durch ortsübliche Bekanntmachung, entweder durch Aushang, oder durch Ausläuten wird den Wählern das Ausliegen der Listen bekannt gegeben.

Arbeiter, Parteigenossen, sichert Euch durch Einsichtnahme in die Listen Euer Wahlrecht!

Alarm!

Die preußische Wahlrechtsbewegung, die kaum erst angekündigt ist und eigentlich erst beginnen soll, steht im Anfang ihrer Erfolge. Der erste Teil unserer Aufgabe nähert sich der Lösung.

Die preußischen Arbeiter wissen sehr gut, daß sie von der Einsicht der herrschenden Klassen nichts zu erwarten haben. Die Vorgänge bei der geistigen Flugblatt-Verteilung haben dies wieder mit unwiderleglicher Klarheit bewiesen. Nicht an die herrschenden Klassen muß sich daher die Forderung auf Aufhebung der bestehenden Rechtsungleichheit richten, sondern an die Massen des Volkes, die vor dem geltenden preußischen Wahlgesetz zwar nichts sind, aber im Verlaufe der Wahlrechtsbewegung doch alles werden können. Doch diese Massen aufzurütteln, ihnen klar zu machen, wieviel für sie in diesem Kampfe auf dem Spiele steht, ihnen das Bewußtsein ihrer Rechtlosigkeit zu wecken und ihren Willen auf das eine Ziel, die Erringung der Wahlgleichheit zu richten — das schien eine schwierige Arbeit, die kaum so bald gelingen konnte, wenn uns unsere Gegner dabei nicht halfen.

Unsere Gegner aber, die in ihrem politischen Unverstande immer das Gegenteil von dem erreichen, was sie beabsichtigen, haben uns geholfen und werden uns weiterhelfen! Durch ihr törichtes Geschrei, durch die unsinnigen und abscheulichen Verkehrungen, die sie im Kampfe gegen die Wahlrechtsbewegung getroffen haben, haben sie selbst den Zündstoff der Erregung ins Land geworfen und einen Zustand geschaffen, in dem die Augen schärfer sehen, die Pulse lauter schlagen und die Gedanken rascher fliegen. Der Kampf gegen das Preußenwahlrecht war bisher beinahe nur ein Gegenstand der Beratung im Kreise unserer Partei; seit ein paar Tagen ist es eine Angelegenheit des ganzen preußischen Volkes geworden! Seit ein paar Tagen gibt es wirklich eine preußische Wahlrechtsfrage. Es ist interessant, zu sehen, wie selbst der ausgesuchtesten Scharfmacherin, der Post, ganz unversehens das Geständnis entschlüpft, da sie, die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses vom Sonnabend besprechend, bemerkt: „Ueber die weitere Behandlung der Sozialisten und der Wahlrechtsfrage" werde sich erst im weiteren Verlaufe der Verhandlungen ein abschließendes Urteil bilden lassen. Der Mann, der diese Worte schrieb, hätte sich noch vor ein paar Tagen die Finger abgeschnitten, ehe er ein Wort von der preußischen Wahlrechtsfrage hätte verlauten lassen. Heute aber hilft keine Totschweigetaktik mehr und keine Maskerade. Denn — das preußische Abgeordnetenhaus hat gesprochen.

Der konservative Freiherr v. Erffa hat für die Politik der Junker die Hilfe der preußischen Richter angerufen. Und seine Partei hat den Breslauer Justizherrn für das Urteil, das sie über unseren Genossen Löbe fällten, förmliche Ovationen dargebracht. Sie hat durch ihren Sprecher gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Genosse Löbe nicht der letzte sein wird, der seine Agitation für die Abschaffung des konservativen Minderheitsterrorismus im Kerker zu büßen habe. Der neue preußische Justizminister, Dr. Beseler, hat dann die schätzenswerten Anregungen seines Vorredner mit höflichem Entgegenkommen beantwortet. Zwar kann er nicht die Richter kommandieren; aber glücklicherweise stehen die Staatsanwälte unter seiner Gewalt. Herr v. Erffa schickt den Justizminister, der Justizminister schickt die Staatsanwälte, und schließlich müssen sich auch die Richter drein schicken. Man weiß, daß der Staatsanwalt nicht ängstlich zu sein braucht, wenn er vor einem preußischen Gericht Anklage gegen einen Sozialdemokraten erheben will; daß Verständnis, daß er für seine Auffassung bei den Richtern findet, ist außerordentlich rege, und fast alle bisherige Erfahrung verspricht ihm daher im Voraus den Erfolg. Die sozialdemokratische Presse geht unter solchen Umständen ganz offenbar recht drangvollen Zeiten entgegen. Was tut's? Jeder Prozeß wird ein neuer Alarm werden! Eine Justiz, die dem politischen Vorurteil erliegt und uns als gewalttätige Umstürzler in den Kerker wirft — obwohl wir niemals den gewaltsamen Umsturz gepredigt oder versucht haben — kann im besten Falle einzelne Menschen ruinieren, aber nicht Ideen. Der politische Prozeß macht die Anklagebank zur Tribüne, er zwingt die bürgerliche Presse zur Berichterstattung, er erweckt Teilnahme für seine Opfer — mehr als das! — Hochachtung für die Männer, die im Kampfe um Volksrecht Märtyrer der Freiheit werden. Denn die Masse des Volkes fragt nicht, ob der Mann auf der Anklagebank durch ein Wort der Leidenschaft mit „Recht" in die Schlingen des Gesetzes verstrickt worden sei, oder von dem ob er selbst recht habe mit dem, was er will und was er meint. Jeder Wahlrechtsprozeß wird darum die Wahlrechtsbewegung nur noch unwiderstehlicher machen! Und ähnlich liegt der Fall mit der blindwütigen Polizeijagd auf die Verteiler des Wahlrecht-Flugblattes.

Damit aber nähern wir uns dem ersten Erfolge, dem wir zustreben. Je mehr die preußische Wahlrechtsfrage zu einem Gegenstande der allgemeinen politischen Diskussion wird, desto zwingender tritt an die politischen Parteien die Notwendigkeit heran, sich zu dieser Frage klipp und klar zu äußern. Und je deutlicher sich im Laufe dieser Diskussion herausstellen wird, was nicht ausbleiben kann, daß die ungeheure Mehrheit des preußischen Volkes das gleiche Wahlrecht will, desto schwieriger wird es für die bürgerlichen Parteien werden, in ihrer ausweichenden oder ablehnenden Haltung zu verharren. In dieser Beziehung steht die preußische Wahlrechtsbewegung günstiger als die sächsische, denn in Preußen gibt es immerhin noch gut zweihundert Reichstagswahlkreise, die zu verteidigen sind! Wie wollen die bürgerlichen Parteien künftig vor ihre Reichstagswähler treten, wenn in diesen erst der preußische Wahlrechtsgedanke lebendig geworden ist?

Das Zentrum, die Nationalliberalen, die Freisinnige Vereinigung, hatten zur Debatte vom Sonnabend ihre reaktionärsten Leute ausgewählt: die Nationalliberalen den geschmeidigen Professor Friedberg, das Zentrum den Agrarier Herold, die Freisinnigen Herrn Broemel, der jüngst von der Freien Deutschen Presse als waschechter Gegner der Barthschen Richtung gepriesen worden ist. Es war daher recht deutlich zu sehen, wie diese Biedermänner zunächst zu arbeiten gedenken.

10] [Nachdr. verb.

Ich bekenne.

Die Geschichte einer Frau.

Von Clara Müller-Jahnke.

Und daß ich nicht war wie all' die anderen, in deren Treiben ich damals freilich Schimpfliches nicht erblickte, daß ich mich nicht verkauft habe mit Leib und Seele: das verdanke ich einzig meiner Jugendliebe.

Darum segne ich sie.

Obwohl sie mir ein tiefes Leid gebracht hat: die erste schmerzliche Erkenntnis.

An einem Frühlingstage erhielten wir Albrechts Verlobungsanzeige.

Ist schon hatte ich mir im Geiste diesen seligschmerzlichen Moment mit tausend bunten Farben ausgemalt, hatte ihn in meiner Kinderfantasie durchkostet und erlebt . . . .

Nun war er da.

Da stand auf feinem, rosa getöntem Papier mit kurzen alltäglichen Worten: „Meine Verlobung mit — —"

Meine Lieder hatten längst von seiner Braut geschwärmt. Ich hatte es angebetet, das holdselige, süße, kluge Geschöpf, das seine feurige Mannesseele in goldenen Fesseln halten würde, dies knospenhafte Geschöpf mit den Märchenaugen und der Rosenkrone im blonden Haar . . .

Und nun?

Neunundzwanzig Jahre alt, häßlich wie die Nacht, dumm nebenbei, Rittergutsbesitzerstochter mit sechzigtausend Mark barer Mitgift und einer Ausstattung von Gerson.

Dann kam er: lächelnd, geschmeichelt, lieb. Und ließ sich gratulieren.

Vierzehn Tage nach der Verlobung.

„Ja, und denken Sie, Frau Pastor, meine Braut spielt Klavier. Ich war ganz entzückt, als sie neulich Abend eine Beethovensche Sonate gespielt hat. Entzückt und überrascht — hatte ja keine Ahnung davon gehabt! Und ich liebe Musik."

Er liebte Musik und hatte keine Ahnung davon gehabt, daß seine Braut Klavier spielte!

In der Nacht war ich wie verrückt. Ich weinte um einen großen seligen Glauben. Der Sturm rüttelte an den Fensterläden und zerrte die letzten Clematisblüten vom Spalier . . .

Da beugte sich ein gütiges, geliebtes Gesicht über mein Bett. Und eine weiche Hand ergriff die meine.

„Kind, was ist Dir nur, was hast Du?"

Ich schluchzte und schluchzte. Krampfhaft griff ich in die bauschende Bettdecke hinein und schluchzte.

„Was? — um Albrecht?!"

Die Kehle war mir zugeschnürt. Doch in dem grenzenlosen Jammer, der mein Herz durchwühlte, schrie ich auf nach Trost. Ich warf die Arme um den Nacken meiner Mutter und stammelte wirre, unzusammenhängende, bejahende Worte.

Meine liebe Mutter, Du mußt mir schon verzeihen, wenn ich hier eine Pietätlosigkeit begehe. Ich spreche zu meinem Manne, der die Wahrheit von mir gefordert hat.

Meine Mutter schalt. Sie war gekränkt, daß ich mich „verliebt" hatte, ohne ihre Zustimmung einzuholen, daß ich „so müßigen und fruchtlosen Gedanken hatte nachhängen können, die doch nie ein Ziel gefunden hätten.

Die „gute Partie" . . .!

Und sie schalt, weil ich kein Vertrauen zu ihr gehabt hatte!

O, diese Nacht, mein Liebling!

Ich glaube, Du, wenn ich ein Kind hätte, ich würde mich bemühen, seine Seelenregungen zu verstehen. Ich würde nicht mit rauher Hand junge Heckenrosenranken als Unkraut ausjäten wollen aus seinem Herzen.

Meine arme, liebe Mutter.

Heute liegt mein Leben in einem anderen Lichte vor mir als im Dämmerdunkel jener Nacht. Ich sehe jetzt, und ich weiß, daß sie keine Schuld getragen hat an der Lieblosigkeit jener Stunde. Ihre Zeit war es, die sie geprägt.

Am anderen Morgen stand ich sehr ruhig auf. Ich hatte einen großen Tag.

Die Schule meines Heimatstädtchens besaß erst von der dritten Klasse an eine „gehobene Töchterschule". Bis zur dritten Klasse waren die höheren Töchter genötigt, mit der Pleb gemeinsam ihre Weisheit einzusaugen. Das war bitter. Mehr als das: unerträglich.

So hatte sich denn eine junge Dame gefunden, welche die jüngsten „höheren Töchter" ihrem Stande gemäß, abgeschlossen vom Volke, zu unterrichten und für die gehobene Schule vorzubereiten bemüht war. Und diese junge Dame hatte sich eine unglaubliche Pflichtvergessenheit zuschulden kommen lassen.

Sie hat sich mit einem Petersburger Juden verlobt . . . . und was das Allerwahnwitzigste war, sie heiratete ihn.

Zwar hat sich diese Ruchlosigkeit später bitter gerächt. Der Petersburger Jude geriet in Konkurs und wurde Literat . . . na ja, und die arme junge Frau . . . .

Sechs Kinder, im Rollstuhl, und der Mann Literat!

Er hat sich freilich taufen lassen müssen während der russischen Judenverfolgungen; aber seine christlichen Brüder haben kein Herz für seine Not gehabt.

Das alles war die Nemesis dafür, daß die pflichtvergessene junge Dame die Bellegarder höheren Tochter so schmählich im Stich gelassen hatte. Freilich: Ersatz fand sie bald. Dieser Ersatz war ich. Und so hatte ich denn meinen großen Tag.

Acht Mädels, acht- und neunjährig, lieb, drall und süß, wurden meiner Obhut anvertraut. Weißt Du, Schatzel, zur Lehrerin bin ich nicht geboren. Ich glaube: erziehen kann ich und lieb haben auch. Aber zum Lehren gehört eine besondere Art von Strenge, die ich nicht besitze.

Lernen taten die Frauenzimmerchen trotzdem etwas bei mir, vielleicht nur aus dem Grunde, weil wir uns gegenseitig lieb hatten. Ein Jahr lang habe ich sie unterrichtet und dann mit Glanz und Gloria in die dritte Klasse der höheren Töchterschule entlassen.

Zwei Taler bekam ich für jede von ihnen monatlich; im ganzen sechzehn Taler. Fünfzig Mark beinah! O, war ich reich!

Das süße Gefühl des Geldverdienens half mir über den ersten schweren Unterrichtstag — den Tag nach dieser Nacht — hinweg.

Und als ich die Kinder einzeln mit Händedruck entlassen hatte, setzte ich mich ruhig an den Mittagstisch und aß, ab gedankenlos und empfindungslos meinen vollgehäuften Teller leer . . . Meine Mutter lächelte befriedigt: die nächtliche Strafpredigt hatte mir augenscheinlich über alle Ueberspanntheiten glücklich hinweggeholfen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060116-19/fragment/page=0001

Die Notwendigkeit einer Wahlreform wurde von allen dreien anerkannt. Aber worin soll diese Reform bestehen? Herr Friedberg erklärte, die Reform werde immer „dringender", und seine Partei werde gemeinsam mit den Freisinnigen einen „diesbezüglichen" Antrag einbringen. Herr Broemel deckte dann die Karten weiter auf, indem er sich zwar platonisch für das gleiche Wahlrecht erklärte, dann aber sofort das heiße Thema verließ, um über die bestehende Ungleichheit der Wahlkreise und das „komplizierte Wahlsystem" zu jammern. Es handelt sich also bei den liberalen Reformbestrebungen ganz offenbar nur um die „diesbezügliche" alte Scharteke, deren doppelter Zweck es ist, durch Neueinteilung der Wahlkreise den Liberalen ein paar Mandate zuzuschanzen und durch Aufhebung der Bezirksdrittelung das Eindringen der Sozialdemokratie in die zweite Wählerklasse zu verhindern. Endzweck des ganzen Manövers aber ist, das Strohdach des Dreiklassenwahlrechts neu zu flicken und die einzig mögliche und wünschenswerte Reform, die Einführung des gleichen Wahlrechts, zu hintertreiben.

Dagegen trat nun wieder der Zentrumsagrarier auf den Plan. Auch Herr Herold verwirft das Privilegienwahlrecht — außer den Konservativen hat keine Partei den Mut, sich zu dem Scheusal zu bekennen — er verwirft aber ebenso die Wahlgleichheit, er verlangt ganz offen ein Wahlvorrecht für seine Zentrumsbauern und ist daher für eine neue Wahlkreiseinteilung um keinen Preis der Welt zu haben. Darin sind aber wieder die Konservativen mit ihm einig, und die Liberalen stehen mit ihrem Schwindelantrag einer kaltlächelnden geschlossenen Mehrheit gegenüber. Trotzdem haben diese Herren den Mut, in ihrer Presse zu behaupten, die Sozialdemokratie verhindere, indem sie das „Unerreichbare" auftreiben, das — Erreichbare! Es wird sich gar bald herausstellen, daß das einzige „Erreichbare" das ist, was das Volk will. Und das Volk will gleiches Recht!

Mit der preußischen Wahlrechtsbewegung geht es also so gut, wie es mit ihr nur gehen kann. Da haben sie uns öffentliche Aufzüge verboten und uns mit Kanonen, Flinten und Säbel bedroht, dabei haben sie selbst aber für uns den schönsten öffentlichen Aufzug veranstaltet, den wir uns wünschen konnten! Polizei und Militär, Regierung und Parteien sind uns mit der großen Trommel als Ausrufer vorausgegangen und haben Alarm geschlagen, daß die Scheiben klirrten. Nun erst ist die Aufmerksamkeit auf das gelenkt, was kommen soll; nun erst ist das Volk versammelt, und wir werden zu ihm reden!

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 15. Januar 1906.

Der Reichstag

wurde am Sonnabend nach 5tägiger Redeschlacht mit der ersten Besichtigung des Steuerbukletts fertig, das er zur weiteren eingehenden Besichtigung einer besonderen Kommission von 28 Mitgliedern überwies. Im Anfang der Sitzung war Herr v. Stengel so gütig, mitzuteilen, daß die Regierung auf eine Chekteuer vorläufig und auf ein Tabaksmonopol definitiv verzichte. Die Mittelstandsfeindlichkeit der Regierung wies Genosse Meist an dem Beispiel der Stempelsteuer, die er gebührend zerzauste, eingehend und unwiderleglich nach. Nach einem kleinen häuslichen Zwist zwischen nord- und süddeutschen Agrariern über die Reichs-Weinsteuer, die die ersteren forderten und die letzteren verwerfen, und einem Rededuell Kanitz-Gothein über die Frage des französischen Weizenzolles wurde die Debatte geschlossen. Recht schnell wurde die erste Lesung der Novelle zum Naturalverpflegungsgesetz abgetan. Konservative, Zentrum, Antisemiten, Freisinnige und Nationalliberale klagten einstimmig über zu niedrige Verpflegungssätze. Die Vorlage ging an die Budget-Kommission.

Am Montag stehen außer kleineren Vorlagen die Interpellation Rören über die Verabschiedung von Offizieren wegen Duell-Verweigerung und die Vorlagen über Erhöhung des Servis und der Wohnungsgeld-Zuschüsse auf der Tagesordnung.

Preußischer Landtag.

Im Abgeordnetenhause begann am Sonnabend die erste Lesung des Etats ohne zu besonders aufregenden Debatten zu führen. Auch der Ministerpräsident Fürst Bülow hatte es nicht für nötig gehalten, dem hohen Hause Reverenz zu erweisen. Vielleicht kommt er Montag oder Dienstag. Nötig hat er es eigentlich nicht. Im Dreiklassenhause herrscht einmütige Bewunderung für ihn und seine Regierungskollegen, höchstens, daß den Scharfmachern auf der rechten Seite der heutige Kurs gegen Polen und Sozialdemokraten noch nicht schneidig genug ist. Die Reden der einzelnen Abgeordneten waren denn auch nur von geringer politischer Bedeutung. Die meisten Herren begeben sich überhaupt kaum auf das hohe politische Gebiet sondern begnügten sich damit, einzelne harmlose Bemerkungen zu einzelnen Etatsteilen oder Positionen zu machen.

Mit einem scharfmacherischen Schluß endete der konservative Abg. Frhr. v. Erffa. Er reizte, wie im Leitartikel ausführlicher dargelegt ist, zu Gewalttätigkeiten gegen die Sozialdemokratie an, indem er die geplanten Wahlrechtsdemonstrationen als schamlose Agitation bezeichnete und das Breslauer Schreckensurteil in einer Weise pries, daß selbst dem neuen Justizminister Beseler angst und bange zu werden schien. Anders kann man den Hinweis in seiner Erwiderung, daß die Gerichte frei und unabhängig seien und er sich jeder Einflußnahme auf die Rechtsprechung enthalten müsse, nicht erklären. Im übrigen stand die Frage der Wahlrechtsreform im Mittelpunkt der Debatte.

Montag wird die Debatte fortgesetzt.

Eine „Vaterlandslosen"-Debatte.

In der bayrischen Kammer der Abgeordneten protestierten bei der Beratung des Militäretats die Redner aller Parteien „mit patriotischer Entrüstung" gegen die Aeußerung des Abgeordneten Rollwagen (Soz.): unser Vaterland ist da, wo es uns gut geht. Abg. v. Vollmar (Soz.) erhob im Laufe einer längeren Rede Widerspruch gegen den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit und bemerkte u. a.: Wer mir persönlich den Vorwurf machen wollte, ich sei vaterlandsfeindlich, würde meine Antwort nicht vergessen. In dem Worte „wo es uns gut geht, ist das Vaterland", ist die richtige Spur. Das Vaterland soll es mit seinen Kindern gut meinen, es soll nicht ein Rabenvaterland sein, indem es die Bürger bedrückt. Das Wort ist aber nicht erschöpfend, nicht wahr, und von der Sozialdemokratie nie als programmatisch angesehen worden. Die gemeinsame Kultur und vieles andere macht uns das Vaterland teuer. Der beste Beweis für unsere Vaterlandsliebe ist, daß wir alle Opfer bringen, um das Land nach allen Richtungen hin möglichst vollkommen zu gestalten. Was die Haltung der Sozialdemokratie zur Armee betrifft, so stehen wir noch auf unserem alten Standpunkt.

Ach, die entrüsteten Ordnungsbrüder! Für 10 Proz. sicher verkaufen sie Gott, ewige Seligkeit und Vaterland. Und solche Herrschaften „entrüsten" sich.

Gegen die neuen Steuerprojekte

hat am Sonntag der Bund der Industriellen in einer Versammlung in Berlin, zu der 260 Delegierte der deutschen Vereine für Industrie, Handel und Gewerbe erschienen waren, Stellung genommen. Nach eingehenden Referaten über die geplante Brau-, Tabak-, Zigaretten- und Verkehrssteuer wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die vom Bund der Industriellen einberufene Versammlung von Verbänden und Vertretern aus allen Industrie- und Handelskreisen spricht sich für die Aufbringung von Mitteln für die als notwendig anerkannte Reichsfinanzreform zur Verstärkung unserer Wehrkraft aus. Die Versammlung ist jedoch nicht in der Lage, sich mit der Beibehaltung des Systems einseitiger und verkehrshindernlicher Belastungen von Industrie und Handel und sogar einzelner Erwerbsgruppen einverstanden zu erklären. Sie fordert eine großzügige Finanz- und Steuerpolitik, die unter Heranziehung aller leistungsfähiger Bevölkerungsschichten eine dauernde Regelung der Reichsfinanzlage gewährleistet.

Diesen Grundsätzen entspricht in der gegenwärtigen Vorlage lediglich die Reichserbschaftssteuer, deren weiterer Ausbau zu empfehlen ist.

Die Brau-, Tabak- und Zigarettenindustrie dürfen nicht noch mehr, wie vorgeschlagen, belastet werden, weil durch die Entwicklung und das Fortkommen dieser Industrien, besonders in den mittleren und kleineren Betrieben, gehemmt und zum Teil unterbunden wird, und große Arbeitermassen Gefahr laufen, in ihrem Erwerbe geschädigt zu werden.

Desgleichen sind alle vorgeschlagenen Verkehrssteuern, wie Fracht-, Quittungs-, Fahrkarten-, Paket- und Postanweisungssteuer, abzulehnen, weil damit der modernen und natürlichen Entwicklung zur Verbilligung der Verkehrsmittel entgegengearbeitet wird.

Von der Versammlung werden folgende Vorschläge der Regierung zur Beachtung empfohlen:

1. die Einführung einer Reichseinkommensteuer;
2. die Einführung einer Reichsvermögenssteuer.

Gegen die Zigarettensteuer.

Eine am 12. Januar abgehaltene Versammlung des Verbandes deutscher Zigarettenfabriken, Sitz Dresden, nahm einstimmig folgende Resolution an: „Der heute im British-Hotel zu Dresden versammelte Verband deutscher Zigaretten-Fabriken, der den größten Teil der deutschen Zigaretten-Industrie vertritt, erklärt einmütig die geplante Zigarettenpapiersteuer als unannehmbar, da diese Art Steuer nicht nur praktisch unausführbar ist, sondern auch direkt ruinös auf die deutsche Zigaretten-Industrie wirken müßte. Die Papiersteuer würde zusammen mit der außerdem geplanten Tabakzollerhöhung eine um viermal höhere Steuerbelastung der Zigarette, als bisher, ergeben und infolgedessen die Fabrikation der 1-Pf. und billigeren Zigaretten, welche 60 Prozent der deutschen Produktion betragen, vollständig vernichten, damit aber auch den weniger bemittelten Kreisen entweder den seither möglichen Rauchgenuß entziehen oder dieselben zwingen, fernerhin bis zu 100 Prozent mehr, als bisher, dafür auszugeben. Entgegen dem Bestreben, die notwendigen Lasten den stärkeren Schultern aufzuerlegen, würden gerade nur die weniger bemittelten, ärmeren Raucher den Hauptanteil aufzubringen haben, die Raucher höherer Preislagen dagegen prozentual weniger getroffen werden. Der Verband deutscher Zigaretten-Fabriken protestiert außerdem auf das Entschiedenste gegen die Absicht, einen einzelnen Zweig des Tabaksgewerbes einer besonders hohen Extrasteuer, wie durch die Papiersteuer beabsichtigt, zu unterwerfen und verwahrt sich ferner gegen die Bezeichnung der Zigaretten als Luxusartikel, denn der Konsum von ½, 1 und 2 Pf.-Zigaretten in Höhe von ca. 80 Prozent der Gesamtproduktion ist niemals als Luxus anzusehen. Der Verband erwartet von dem hohen Reichstage, daß er der Zigarettenpapiersteuer als eine Fabrikation, Händlerschaft und Konsumenten auf das empfindlichste schädigenden und ungerechten Steuer seine Zustimmung versagt."

Der Schlachtplan.

Vor wenigen Tagen gab eine polizeioffiziöse Korrespondenz in pathetischem Tone die ganz überflüssige Versicherung, die Mehrheit des deutschen Volkes wünsche vor russischen Zuständen bewahrt zu werden. Kein Mensch zweifelt daran; und was die Sozialdemokratie tun kann, um Deutschland vor russischen Zuständen zu bewahren, hat sie seit vierzig Jahren redlich getan. Am 11. Januar aber wußte die Tägl. Rundschau zu berichten, daß die preußische Regierung auf das falsche Gerücht hin, die Sozialdemokratie habe beschlossen, am 21. Januar in Berlin friedliche Straßendemonstrationen zu veranstalten, Maßnahmen getroffen habe, die zum letzten Ende darauf hinauslaufen, den Petersburger 22. Januar in Berlin zu wiederholen.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat die falsche Nachricht sofort berichtigt. Könnte man von einem Verschulden reden, wenn der Parteivorstand wirklich geplant hätte, was in allen anderen zivilisierten Ländern mit der größten Ruhe und Ordnung beschlossen und durchgeführt wird, so wäre dieses Verschulden nicht vorhanden. Denn der sozialdemokratische Parteivorstand weiß, daß friedliche Straßendemonstrationen zwar kein verabscheuungswürdiges Verbrechen sind, daß sie aber leicht von anderen Leuten dazu benützt werden können, abscheuliche Verbrechen zu begehen.

Die preußische Regierung aber, die durch die Veröffentlichungen der Tägl. Rundschau ungleich schwerer getroffen wird, — schweigt. Desto lauter ist dafür die Tägliche Rundschau, die sich zwar insoweit berichtigt, als sie diesmal Bülow aus dem Spiel läßt, im übrigen sich aber wieder auf ihre unanfechtbare Quelle und zum Ueberfluß noch auf die erwähnte polizei-offiziöse Korrespondenz beruft, um ihre Angaben zu bekräftigen. Nach dieser Korrespondenz wird das gesamte Militär von Berlin, Schöneberg, Charlottenburg von Sonnabend 9 Uhr abends an in den Kasernen konsigniert sein, und Sonntag um 5 Uhr morgens in Alarmbereitschaft stehen. Um 10 Uhr vormittags werden dann die Soldaten in den Kasernenhöfen feldmarschmäßig mit scharfen Patronen ausgerüstet zum Ausmarsch bereit stehen. Die Wache des königlichen Schlosses wird schon Sonnabend auf 1½ Kompagnien verstärkt; für den Notfall haben sich die Alexandriner und das 2. Garde-Regiment bereit zu halten. Schließlich heißt es wörtlich:

Die Polizei hat dafür Sorge zu tragen, daß die Versammlungslokale sich ohne Störung entleeren und daß sich keine Gruppen auf der Straße bilden können. Wird bei Schluß der Versammlungen die Absicht klar, daß Demonstrationszüge veranstaltet werden sollen, so hat die Polizei dafür Sorge zu tragen, daß die Demonstranten sofort, wenn nicht anders möglich, durch Gewalt zu zerstreuen sind und die Gegend am Schloß nicht erreichen. Reichen die Kräfte der Polizei vor den 80 Versammlungslokalen nicht aus, so ist auch hier schon Militär zu requirieren.

Die Tägliche Rundschau und die Korrespondenz Both mögen ja auf ihre geheimen Wissenschaften sehr stolz sein. Sie haben auch andere Begriffe von Ehre und Vaterland als wir, und sie werden es darum nicht begreifen, daß uns ihre Enthüllungen eine Schamlosigkeit und eine Vaterlandslosigkeit sondergleichen dünkt. Was soll denn das Ausland über solche Geschichten denken? Es muß entweder die Vorkehrungen der preußischen Regierung für richtig halten und dann muß es annehmen, daß die größte Partei Deutschlands, die Partei, die insbesondere Berlin mit erdrückender Mehrheit beherrscht, keinen anderen Wunsch habe als den, das königliche Schloß zu stürmen. Oder aber es muß wissen, daß die Sozialdemokratie eine Partei der gewaltlosen Propaganda ist, und dann wird sein Urteil über die deutschen Zustände noch viel schlimmer ausfallen: denn daß man einer friedlichen wehrlosen Volksmasse gegenüber zu solchen mordmäßigen Vorkehrungen greift, wird nirgends in der zivilisierten Welt verstanden werden.

Uns „Umstürzlern" freilich kann eine solche Bloßstellung des herrschenden Systems nur willkommen sein, und sie kann nur vermehrt werden, wenn die Berliner am 21. Januar zeigen werden, wie sie selbst Ordnung zu halten verstehen. Was heute noch eine furchtbare Gefahr ist, wird durch die Besonnenheit der Berliner Arbeiter zu einer abgrundtiefen Lächerlichkeit verwandelt werden. Dabei rechnen wir freilich immer noch auf einen gewissen Grad der Einsicht und Menschlichkeit auf der anderen Seite: denn wenn die Ordres der polizei-offiziösen Korrespondenz genau ausgeführt werden, dann ist gar nicht abzusehen, wie selbst die äußerste Geduld und Friedfertigkeit bedenkliche Zwischenfälle vermeiden kann. Wie wäre es möglich, daß sich keine „Gruppen" bilden, wenn Tausende von Menschen gleichzeitig ein Versammlungslokal verlassen, und wohin soll es führen, wenn gegen solche friedliche Gruppen sofort mit bewaffneter Gewalt eingeschritten wird? Hat doch selbst die Tägliche Rundschau erklärt, friedlich einherziehende Gruppen sollten „genau nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht behelligt werden"! Gelten heute diese gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr?

Trotz alledem halten wir an der Ueberzeugung fest, daß trotz des wüsten Treibens der journalistischen Lockspitzelbande die eiserne Selbstdisziplin der deutschen Arbeiter dafür sorgen wird, daß am 21. Januar keine Verwendung sein wird für die scharfen Patronen, die die preußische Regierung für das preußische Volk bereit hält.

Paschajustiz in Kamerun.

Die Nachricht des Hamb. Fremdenblattes, daß die Kamerunet Häuptlinge, die es gewagt hatten, sich schriftlich über den Gouverneur Jeskó v. Puttkamer zu beschweren, zu sieben und neun Jahren Gefängnis verurteilt wurden, klingt so ungeheuerlich, daß die Nordd. Allgem. Ztg. sich jetzt genötigt sieht, sie durch eine Beschwichtigungsnotiz zu beantworten. Dem Gouverneur, so wird mitgeteilt, sei sofort aufgegeben worden, sich über die einzelnen Beschwerdepunkte zu äußern; und überdies sei das Urteil gegen die Akwahäuptlinge noch nicht bestätigt. Es werde erst am 17. Januar in Deutschland eintreffen.

Die Verurteilung der Akwahäuptlinge zu so furchtbaren Strafen, die sie nach allen vorliegenden Berichten nicht verdient haben, besteht seit dem 5. Dezember. Der Text des Urteils wird am 17. Januar in Berlin eintreffen, und es werden vielleicht noch weitere Monate vergehen, bis sich herausstellt, ob das Urteil bestätigt wird oder nicht. Inzwischen wächst die Erregung unter den Eingeborenen und wird später vielleicht nicht mehr zu besänftigen sein, auch wenn das Urteil nicht bestätigt wird.

Dann aber wird es patriotische Pflicht sein, die armen Schwarzen totzuschießen; man wird die sozialdemokratischen Abgeordneten, die sich ihrer annehmen, verlästern und verhöhnen. Man wird Menschenleben und Riesensummen opfern, um, wie es dann heißt, die „Ordnung" in der Kolonie wieder herzustellen, und ein vaterlandsloser Geselle wird der sein, der daran etwas zu mäkeln findet. Käme es so, so wäre es nicht das erstemal!

Drei neue Marinetafeln mit Darstellungen der Schlachtflotten Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Nordamerika sind von Wilhelm II. dem Reichstage überwiesen worden.

Die Jubelgarde. Ein seltsames Histörchen weiß den Roland von Berlin zu erzählen. Die silberne Hochzeit des Kaiserpaares soll bekanntlich in aller Stille gefeiert werden vornehmlich deshalb, weil der Onkel in London unter der gegenwärtigen politischen Umständen keine Lust zeigt, das Fest zu verschönen. Um nun aber doch etwas Abwechslung in die zu befürchtende Eintönigkeit zu bringen, soll man auf den Gedanken gekommen sein, eine „Jubelgarde" zu formieren. Diese Jubelgarde soll aus den Mannschaften der zweiten Kompagnie des ersten Infanterie-Regiments bestehen, die der jetzige Kaiser vor 25 Jahren als Hauptmann befehligt hat. Es handelt sich um gesetzte Männer im Alter von 45—50 Jahren, die dem Militärdienst längst entwachsen sind und den verschiedensten politischen Richtungen angehören; nach dem Roland sollen sogar „viele der ehemaligen Kameraden des Kaisers" zur roten Fahne schwören, und darum strafweise von der Jubelgarde ausgeschlossen bleiben. Der Rest soll mit silbernen Tressen und weißen Gamaschen angetan, das höfische Fest zieren helfen.

So erzählt der Roland, und wir sind leider im Augenblick nicht in der Lage, feststellen zu können, ob auch dieser Fall schon vom Simplicissimus vorausgeahnt worden ist.

Wegen Kaiserbeleidigung ist am 20. Juli vorigen Jahres vom Langerichte Chemnitz der Former Albin Jugel in Kottengrün zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. In der Wohnung seiner Mutter, in der sich nur noch sein Bruder befand, soll er beim Ansehen einer Zeitschrift, welche eine Abbildung des Kaisers und des Königs von Italien enthielt, eine den Kaiser beleidigende Aeußerung getan haben. Das fragliche Wort ist an sich nicht beleidigend, aber das Gericht hat angenommen, daß der Angeklagte es in dem volkstümlichen, verächtlichen Sinne gemeint hat. Auch der Bruder hat es so aufgefaßt, heißt es im Urteil. Die Revision des Angeklagten, welcher bestritt, das Wort so gemeint zu haben, wurde vom Reichsgericht vorige Woche als unbegründet verworfen.

Kaiserbeleidigung aus Not. Die Unsinnigkeit des Majestätsbeleidigungsparagraphen wird wieder drastisch erwiesen durch eine Verhandlung, die am Freitag vor der Dortmunder Strafkammer stattfand. Arbeits-, obdach- und mittellos stand am 22. November 1905 der Malergehilfe Richard Reißig auf dem Marktplatz in Unna und wußte nicht ein noch aus. In seiner Not trat er an den Schutzmann Burkart heran und tat eine beleidigende Aeußerung über den Kaiser. Zur Wache gebracht, wiederholte er die Aeußerung in Gegenwart des Kommissars und mehrerer Schutzleute, betonte aber, daß er nur aus Not handele, um Brot und Unterkommen zu erhalten. Er wurde nun sofort in Haft gesetzt und hatte damit seinen Zweck erreicht. In der Verhandlung vor Gericht wiederholte er, er habe nur aus Not gehandelt, den Kaiser habe er nicht beleidigen wollen. Wenn er eine Fensterscheibe eingeworfen hätte, wäre er ja auch eingelocht worden,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190601 16-19/fragment/page=0002

aber nur auf kurze Zeit; es habe aber der Winter vor der Tür gestanden und da habe er die Majestätsbeleidigung begangen, um auf Monate hin der Not enthoben zu sein. Das Gericht erkannte auf 3 Monate Gefängnis, 1 Monat der Untersuchungshaft wurde in Anrechnung gebracht.

Ist das nun wieder die „gefüllte Kompottschüssel“ und die „gesicherte Existenz“?

Der Weinfälscher Sartorius hat sich endlich bewogen gefühlt, sein Mandat niederzulegen.

Bei der Landtagswahl in Mannheim wurde Genosse Kramer wiedergewählt.

Der ewige Diesseitsprozeß in dem bereits erledigten Streite um das lippesche Thrönchen hat am Sonnabend einen vielleicht nur vorläufigen Abschluß dadurch gefunden, daß der Redakteur Neumann von der Lippeschen Landeszeitung zu 1300 Mark Geldstrafe und den Kosten verurteilt wurde. Kläger war bekanntlich der Vizepräsident des lippeschen Landtages, Hoffmann.

Ausgewiesen aus Metz wurde am 10. d. M. der Italiener Catenzati, welcher sich seiner Landsleute in allen gewerkschaftlichen Fragen annahm. Er wurde von der Arbeit weggeholt und innerhalb einiger Stunden als lästiger Ausländer an die schweizer Grenze nach Basel gebracht. Dies ist der dritte derartige Fall in einem Jahre. Bei den Grubenbaronen des Lothringer Bergreviers dürfte die Freude darüber jedoch nur von kurzer Dauer sein; dafür wird die dortige Arbeiterschaft, bei welcher der Ausgewiesene großen Anhang hat, schon sorgen.

Große Treibjagd auf Menschen in Südwestafrika. Nach einer Meldung aus Kapstadt erstreckte sich das von den Deutschen in Südwestafrika am vorigen Freitag ausgeführte Treiben über ein Gebiet von Dwardrift, 48 Kilometer südwestlich bis Aries, es war sehr erfolgreich. Die Hottentotten erlitten schwere Verluste an Toten und Verwundeten. Unter den Gefallenen befindet sich ein Bruder des Häuptlings Morenga. Die Deutschen hatten keine Toten und nur wenige Verwundete. Die Hottentotten lagern jetzt in erheblicher Stärke zwischen Aries und dem Hartebeeste-Flusse. Die Deutschen bereiten ein weiteres Treiben vor.

Die neueste Verlustliste aus Südwestafrika meldet: Gefallen: Vizefeldwebel Block aus Dalzen. Verwundet: Hauptmann von Lettow-Vorbach aus Saarlouis, Leutnant Ebeling aus Lichterfelde, Reiter Emil Lehmann aus Niederröblingen (schwer, Schuß im linken Oberarm), Sergeant Boas aus Rackit, Unteroffizier Schönbohm aus Oberndorf, Gefreiter Kalbe aus Beerendorf, Reiter Petermann aus Oschatz. Am Typhus gestorben: Reiter Höge aus Linz.

Ein Opfer seiner Unvorsichtigkeit. Vor dem Oberkriegsgericht in Posen stand dieser Tage der Grenadier Hermann Cyron vom Infanterie-Regiment Nr. 6, gebürtig aus Meerane, Sohn eines Obermeistermeisters. Derselbe hatte sich unter seinen Kameraden offen als Sozialdemokrat bekannt, machte sich auch der Gehorsamsverweigerung und Achtungsverletzung schuldig. Die Gesamtstrafe lautete auf zwei Jahre einen Monat Gefängnis. Sowohl der Angeklagte als auch der Anklagevertreter hatten dieses Urteil angefochten. Nach Antrag des Vertreters der Anklage hob das Oberkriegsgericht das erstinstanzliche Urteil eines Formfehlers wegen auf und wies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurück.

Vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt. Vor dem Kriegsgericht in Posen hatten sich zwei Soldaten, die Musketiere Rosinsky und Geppert aus Ostrowo, wegen Raubmordes zu verantworten. Das Kriegsgericht verurteilte beide zum Tode und zum Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte.

Zur Fleischnot.

Preise mit und ohne Zölle. Die deutsche Zeitung für Minnipeg, Nordamerika, enthält in der Nummer vom 21. Dezember vorigen Jahres, die uns von einem unserer Leser zur Verfügung gestellt worden ist, einen örtlichen Marktbericht. Darnach kostete nach deutschem Gelde am genannten Tage

ein Pfund Rindfleisch, beste Qualität,		30—35 Pf.
„ „ „ zweite „		24 „
„ „ „ Farm		20 „
„ Schaf	2.40 M. bis	3.— M.
„ Lamm	1.40 „ bis	2.20 „
ein Pfund Hammelfleisch, bestes,		16 bis 22 Pf.
Schweine, 150 bis 250 Pfund,	pro Pfund	24 „
über 250 Pfund,	„ „	20 „
Kalbfleisch, bestes,		30 „
„ gewöhnliches,	pro Pfd.	22 bis 25 „
Butter, beste Farmware,	„ „	72 bis 120 „
Eier,	pro Pfund	90 „
Käse, beste Farmware,	pro Pfund	50 bis 55 „
eine Gans		60 „
eine Ente		62 bis 65 „
Truthühner	pro Stück	90 bis 95 „
Zwiebeln	pro Zentner	6 M.
Kartoffeln	pro Zentner	5 „
Gurken	pro Dutzend	40 Pf.

Wie wird unseren Hausfrauen zumute, wenn sie diese Fleischpreise lesen? Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Sorte Rindfleisch, welche als beste mit 30 bis 35 Pf. das Pfund verkauft wird, in Deutschland überhaupt nicht käuflich ist, sondern daß unser „bestes“ Rindfleisch, etwa Filetstücke, sehr knapp dem entspricht, was in Amerika als zweite Qualität verkauft wird.

Ausland.

Oestreich. Das allgemeine Wahlrecht. Die Vorarbeiten für das allgemeine Wahlrecht sollen bereits bis Ende dieses Monats fertig werden; dann beginnt das Feilschen der Parteien um die Wahlkreiseinteilung in erhöhtem Maße. Und da kann man neuerdings wieder sehen, daß im politischen Leben Oestreichs jede volkswirtschaftliche und sozialpolitische Frage in eine nationale übergeht. Das allgemeine Wahlrecht, für welches das Proletariat unter Initiative der Sozialdemokratie gekämpft hat, wird nun zu einem Handelsartikel zwischen den deutschen und den slavischen Parteien. Will man über die Aussichten sprechen, die das Wahlrecht hat, so muß man Aktenberichte der einzelnen Parteien geben, die je nach ihren Chancen in bezug auf Vermehrung oder Verminderung ihrer Mitgliederzahl die Berechtigung einer Wahlreform anerkennen oder verwerfen. Da aber die Annahme der Wahlreform die gegenwärtige Nationalpolitik zugunsten einer Klassenpolitik verschieben würde, so sind die nationalen Parteien an und für sich zum größten Teil gegen die bedingungslose Reform; hinzu kommt noch, daß ein Kompromiß zwischen Deutschen, Polen, Tschechen usw. doch stets ein casus belli bleiben würde. Das sind recht ungünstige Begleiterscheinungen; glaubt man Gautsch's Ausspruchs „Sieg oder Sturz!“ — und man muß ihm wohl glauben —, so wird in längstens vier Wochen die Entscheidung gefallen sein. Schade wäre es unter den jetzigen Umständen um ihn; denn wenn einer imstande ist, bei unseren politischen Verhältnissen die Annahme des Wahlprojektes durchzusetzen, so ist es Gautsch. Die Entschiedenheit und Entschlossenheit des Mannes muß anerkannt werden, der anfangs wohl aus Furcht und mit Widerwillen sich der Sache des Wahlrechts angenommen hat, jetzt aber sie mit eiserner Konsequenz durchzuführen entschlossen scheint.

England. Die Parlamentswahlen haben am Sonnabend stattgefundent. Soweit die Berichte jetzt vorliegen, haben die Liberalen den Sieg über die Konservativen davongetragen. Unter den Liberalen sollen sich bis jetzt auch acht Kandidaten der Arbeiterpartei befinden.

Belgien. Eine Niederlage der Regierung. In ihrer Freitagssitzung lehnte die Kammer mit 79 gegen 79 Stimmen, also mit Stimmengleichheit, bei vier Enthaltungen, den Antrag des Abgeordneten Brutte betreffs der Antwerpener inneren Festungsanlagen ab, obgleich die Regierung sich für diesen Antrag ausgesprochen hatte. Hierauf wurde über Artikel 1 der Regierungsvorlage abgestimmt. Derselbe wurde ebenfalls mit 96 gegen 66 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt. Dieses Ergebnis, welches die Regierung mit 30 Stimmen in Minderheit gebracht, wurde von der gesamten Linken mit frenetischem Beifall aufgenommen. In den Wandelgängen der Kammer heißt es, daß trotz dieser Niederlage die Regierung doch nicht beabsichtigt, sich zurückzuziehen, sondern nur der Kriegsminister seine Demission geben werde. Das Ende der Sitzung verlief äußerst stürmisch.

China. Alarmnachrichten. Der Daily Telegraph meldet aus Peking, daß die fremdenfeindliche Bewegung täglich wächst. Die revolutionäre Reformpartei in China drängt auf Angriffe gegen die Ausländer. Die Bewegung ist ebenso sehr gegen die chinesische Regierung selbst, als gegen die Europäer in China gerichtet. Man muß auf gefährliche Verwicklungen in China gefaßt sein, denn alle Anzeichen deuten auf den baldigen Ausbruch ausgebreiteter fremdenfeindlicher Unruhen.

Zur Revolution in Rußland.

In Petersburg arbeitet die Polizei mit Hochdruck, um den wackeligen Zarenthron am 22. Januar, an dem große Ereignisse bevorstehen, zu schützen. Sie nimmt Haussuchungen und Verhaftungen in Masse vor und hat den kaiserlichen Schwächling in Zarskoje Sselo derart in Angst gejagt, daß er das Fest der Wasserweihe diesmal nicht in Petersburg vorzunehmen wagt.

Die Bauernunruhen in allen Teilen des Reiches nehmen ihren Fortgang. Auch in den Ostseeprovinzen ist trotz der blutigsten Militärdiktatur die Aufstandsbewegung noch nicht zu Ende.

Russische Pumpwirtschaft. Das muß man den russischen Finanzdiplomaten lassen, in einer Beziehung sind sie modern. Das Pumpen verstehen sie aus dem ff. Sie führen sich zunächst mit einer kleinen Schuld ein in der Erwartung, der Kreditgeber werde den Kunden nicht gern zur Konkurrrenz laufen lassen. Mit solchen Geschäftsmaximen fallen die meisten kleinen Krämer herein. Und Rußland scheint die meisten europäischen Staaten zu den „weitsichtigen“ Gläubigern zu zählen. Demnächst soll eine neue 400 Millionen-Rubel-Anleihe aufgelegt werden. Das als Sicherheit hierfür kürzlich erlassene Garantiegesetz halten die Macher jedenfalls selbst für nicht zugkräftig genug, es ist ja schließlich auch nur eine Sicherheit als wie wenn Treberaktien als Deckung gegeben werden. Nun wollte man wohl den Appetit etwas reizen durch ein jetzt perfekt gewordenes Vorschußgeschäft, das in Paris abgeschlossen worden ist. Amtlich wird dazu bekannt gegeben:

Die französische Bankwelt übernahm die Begebung von russischen Schatzscheinen bis zum Betrage von 266⅔ Millionen Frank — 100 Millionen Rubel zu 5½ Proz. mit einer Kommission von 1 Proz., von welch letzterer den Käufern der Schatzscheine ½ Proz. überlassen werden soll, so daß dieselben auf die Schatzscheine ein Erträgnis von 6 Proz. erzielen. Das Geschäft wird keine Goldausfuhr aus Frankreich zur Folge haben, da das Kapital in den Pariser Banken zur Disposition der russischen Regierung bleibt. Eine besondere Bürgschaft wird nicht geboten.

Sechs Prozent, das ist gerade kein Bombengeschäft — aber: wer nicht mehr als 6 Prozent zahlen will, muß noch nicht ruiniert sein. Auf solche Kalkulation spekuliert man drüben. Darum, Frechheit, stehe mir bei! Zunächst hieß es, Rußland habe für diesen Vorschuß die Einnahmen einer Eisenbahn verpfändet. Prompt, als habe man auf das Auftauchen solcher Version gewartet, kam das Dementi. Stolz lieb ich den Spanier! Die Petersburger Telegraphen-Agentur erklärte, Rußland habe kein Pfand gegeben. Das muß imponieren. „Ein Kunde, der es unter seiner Würde hält, ein Sicherheitspfand zu geben — das kommt öfter bei Leuten vor, die nichts mehr zu verpfänden haben — muß noch dicke im Golde sitzen.“ So denkt der brave Gläubiger und pumpt weiter. Wenn Witte noch einige solche Tricks ausführt, braucht man sich gar nicht zu wundern, wenn die 400 Millionen Rubel-Anleihe kräftig überzeichnet wird.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Kinder als Streikfünder angeklagt. Vor dem Schöffengericht in Köln standen vier schulpflichtige Knaben und vier Schreinergesellen. Sie sollen versucht haben, während des Kölner Bautischlerstreiks die bei dem Schreinermeister Buch arbeitenden Gesellen, insbesondere die Schreiner Mittler und Marten, durch „Gewalt“ zur Einstellung der Arbeit zu nötigen, die Schüler auch mit Steinen auf Menschen geworfen haben. Die Arbeitswilligen wurden abends von der Werkstätte in einen Wagen nach Hause gefahren, wobei es geschah, daß sie mit Steinen beworfen wurden. Einer der Arbeitswilligen wurde am Kopfe und am Arm getroffen. Drei von den den Schulknaben gestanden vor Gericht, sich an dem Werfen beteiligt zu haben. Auch andere noch strafunmündige Knaben hatten mitgeworfen. Es kann als erwiesen erachtet werden, daß eine Anstiftung der Knaben durch Ausständige nicht stattgefunden hat. — Das Gericht sprach die vier Ausständigen frei, da keiner der Zeugen ihnen etwas anhaben konnte. Die drei Schüler wurden auf Grund ihres Geständnisses zur Strafe des Verweises verurteilt.

Christliche Arbeiter und christliche Unternehmer. Die Arbeiter der Firma Wintgens, Eisengießerei in Eupen (Rheinpreußen), gehören fast alle dem christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbande an. Nachdem in den übrigen Betrieben der Metallbranche des Ortes die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt worden war, stellte man diese Forderung auch an die genannte Firma. Als Antwort verlangte der Unternehmer, daß die Leute aus ihrem Verbande austräten, und als das nicht geschah, wurden sie jetzt nach vorhergegangener Kündigung von dem Unternehmer ausgesperrt.

§ **In Königsberg** wurde Genosse Marchionini von der Volkszeitung wegen angeblicher Beleidigung der Danziger Polizei zu 600 M. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 2 Monate Gefängnis beantragt.

§ **In Essen** wurde der frühere verantwortliche Redakteur der Arbeiterzeitung in Dortmund, Genosse Frick, wegen angeblicher Beleidigung von Essener Polizeibeamten zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängnis beantragt.

Parteinachrichten.

— **Totenliste der Partei.** In Krimmitschau starb Genosse Fickert, Färbereiarbeiter, der seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts der Arbeiterbewegung angehörte. Trotz bitterer Armut und Krankheit hat er unter seinen schlecht entlohnten Arbeitsgenossen Hervorragendes geleistet; besonders zur Zeit des Sozialistengesetzes hat er großen Opfermut bewiesen.

— **Als Reichstags-Kandidat** für Bielefeld-Wiedenbrück wurde der Genosse Severing, der bisher in Minden-Lübbecke kandidierte, aufgestellt. Severing ist Leiter der Bielefelder Metallarbeiter-Organisation, die 6000 Mitglieder zählt.

— **Genosse Hug in Bant** war von der Gemeinde-Vertretung als erster Beigeordneter gewählt, aber von der Regierung nicht bestätigt worden. In der erneuten Wahl wurde wiederum Hug gewählt.

— **Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Schöneberg** siegten unsere Genossen in allen drei Wahlbezirken.

Arbeitersekretariate.

Nachstehend veröffentlichen wir die Adressen der zurzeit in Deutschland errichteten Arbeitersekretariate. Die Veröffentlichung soll periodisch erfolgen; jedesmal bei Beginn eines neuen Quartals.

Wir ersuchen die Interessenten, uns in der Vervollständigung des Verzeichnisses zu unterstützen und von einer Adressenänderung uns rechtzeitig Kenntnis geben zu wollen.

Arbeitersekretariate bestehen in:

Altenburg (S.-A.), Wallstr. 9, I.
Altona, Große Bergstraße 204, I.
Bant-Wilhelmshaven, Peterstr. 30.
Barmen, Oberdörnerstraße 104.
Berlin SO., Engel-Ufer 15.
Bielefeld, Turnerstraße 45.
Bochum, Wiemelhauserstr. 38—42
Bremen, Ostertorstr. 26, I.
Bremerhaven, Am Hafen 49.
Breslau, Messergasse 18/19, I.
Bromberg, Jakobstr. 17.
Charlottenburg, Grünstr. 23.
Chemnitz-Kappel, Zwickauerstr. 152.
Coburg, Mauer 26.
Colmar, Logelbachstr. 5.
Darmstadt, Elisabethstr. 31.
Dortmund, Kampstr. 73 I.
Dresden, Volkshaus, Ritzenbergstraße.
Duisburg, Friedrich Wilhelmstr. 76.
Düsseldorf, Kaisernstr. 67a.
Elberfeld, Hombückel 6, I.
Essen, Kirchstr. 18.
Forst i. L., Promenade 5.
Frankfurt a. M., Am Schwimmbad 8/10.
Fürth, Theaterstraße 19.
Gelsenkirchen, Vereinsstr. 29.
Göppingen, Gasthaus zu den drei Königen.
Gera, Hospitalstr. 21, I.
Gotha, Erfurterstr. (altes Gerichtsgebäude).
Halle a. S., Harz 42/43.
Hamburg, Gänsemarkt 35, II.
Hamm i. W., Ritterstraße.
Hanau, Mühlenstr. 2.
Hannover, Artillerietr. 13.
Harburg a. Elbe, Erste Bergstr. 72.
Hierlohn, Lindenstr. 9.
Jena, Saalbahnstr. 3.
Karlsruhe, Kurvenstr. 19.
Kassel, Mühlengasse 30 I.
Kattowitz, Rathausstr. 6.
Kiel, Gaststr. 24, part.
Kohlscheid bei Aachen, Nordstraße.
Köln a. Rh., Perlengraben 20 I.
Kronach, Kirchenplatz 74.
Landeshut i. Schl., „Gasthof zur Sonne“, I.
Leipzig, Härtelstr. 12, part.
Luckenwalde, Neue Friedrichstraße 42.
Lübeck, Johannisstr. 46, part.
Lüdenscheid, Luisenstr. 7.
Magdeburg, Kurzestraße 6 I.
Mannheim, S. 3, 10.
Meißen, Poststr. 4.
Mühlheim (Hessen), Offenbacherstr. 7
München, Baderstr. 1, I.
Neu-Ruppin, Klosterstraße 23.
Nordhausen, Barfüßerstr. 12.
Nürnberg, Egydienplatz 22.
Oberhausen, Marktstr. 5.
Osnabrück, Große Hankenstraße 9.
Pforzheim, Waisenhausplatz 3.
Posen, Breitenstr. 21.
Recklinghausen, Hernerstr. 66.
Remscheid, Kölnerstraße 18.
St. Johann bei Saarbrücken, Hafenstr. 7/9.
Solingen, Kaiserstr. 25.
Stettin, Birken-Allee 34.
Striegau, Ziegelstraße.
Stuttgart, Eßlingerstr. 17/19.
Waldenburg-Altwasser.
Wolgast (Pommern), Maarbrückerstr. 17, I.
Worms, Mainzerstr. 19.
Wunsiedel (Oberfranken), Koppelmertor
Würzburg, Brückenstr. 6, I.
Sekretariat der Zentralkommission für Bauarbeiterschutz (G. Heinke), Hamburg 7, Besenbinderhof 56, II.

Berlin, im Januar 1906. Der Parteivorstand.
Lindenstraße 69.

Arbeiter-Sekretariat, Halle a. S.,
Harz 42/43, Hof, 2 Treppen.
Geöffnet nur Werktags von 9½—1½ und 4—8 Uhr.
Sonnabend nachmittag geschlossen.
Unentgeltliche Auskunftserteilung in gewerblichen Streitigkeiten, über Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditäts-Versicherung, über Arbeiterschutz, Vereins- und Versammlungsrecht, sowie über das Fabrikinspektorat u. s. w.

Verantwortlicher Redakteur: A. Molkenbuhr in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060116-19/fragment/page=0003

Mittwoch den 17. Jan. abds. 8½ Uhr im Bellevue, Lindenstraße

gr. öffentl. Volks-Versammlung.

Tagesordnung:

1. **Staat — Schule — Kirche.** Ref.: Reichstagsabg. **Adolf Hoffmann-Berlin.**
2. Vollständig freie Diskussion.

In Anbetracht des sehr **zeitgemäßen Themas** wird ersucht, die Versammlung auch seitens der Frauen recht zahlreich zu besuchen.

Der Einberufer.

Konsumverein für Querfurt u. Umg.

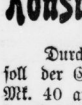
E. G. m. b. H.

Durch Beschluß der Generalversammlung vom 28. Mai 1905 soll der Geschäftsanteil und die Haftsumme der Mitglieder von Mk. 40 auf Mk. 30 festgesetzt und die Einzahlungsfristen auf den Geschäftsanteil verlängert werden. Unsere Gläubiger, welche dagegen etwas einzuwenden haben, wollen sich melden.

Der Vorstand. H. Heinze. Brünner. Kayser.

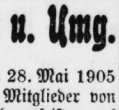
Gastwirtschaft „Zum Leuchtturm",

Alte Leipziger Chaussee 20.



Mittwoch den 17. ds. Mts.

gr. Schlachtefest,



wozu freundlichst einladet **Friedrich Thiemicke.**

Billiger als jede Concurr. Ia Ia frische Ware
Alles zuf. nur 3¼ M. geg. Nachn. 50 ff. Delicatessher u. große prima Brather.
25 Bükl. u. ff. Lachsher. 80 Sprott. 60 Ia Sardellher. 1 Stck. Ia Rauchlachs u. 1 ganz. Kieler Rauchaal
¼ Faß üb. **450 Norwer. Salzhr.** Grß. M **12 M. ½ a 6½ M.**
Dogeners Fisch Groß-Versd. Swinemünde 59
1/1 Faß Schott. **größte Kronen Salzher fff.** 13 M. ½ a 7 M.

Gekrönte Häupter.

Zur Naturgeschichte des Absolutismus.

1. **Katharina II. von Rußland.** Konfisziert gewesen.
2. **August der Starke, Kurfürst von Sachsen.** Konfisziert gewesen.
3. **Papst Alexander VI.**
4. **Karl Leopold von Mecklenburg.**
5. **Ludwig XIV. von Frankreich.**
6. **Philipp II. von Spanien.**
7. **Friedrich Wilhelm II. von Preußen.**
8. **Heinrich VIII. von England.**
9. **Elisabeth von Rußland.**
10. **Louis Philipp von Frankreich.**
11. **Papst Julius II.**
12. **Friedrich II. von Preußen.**
13. **Caligula.**
14. **Ludwig XV. von Frankreich.**
15. **Friedrich Wilhelm IV.**
16. **Iwan der Schreckliche von Rußland.**
17. **Jerome, König von Westfalen.**
18. **Isabella II. von Spanien.**
19. **Wilhelm II. von Hessen.**
20. **Nero.**
21. **Karl I. von England.**
22. **Karl Eugen von Württemberg.**
23. **Rudolf II., Kaiser von Deutschland.**
24. **Christian von Schweden.**
25. **Maria Theresia von Oesterreich.**
26. **Leopold II. von Belgien.**

Jedes Heft 20 Pf.

Auch gebunden in 5 Bänden à Band 1.50 M.

Zu beziehen durch

Die Volksbuchhandlung, Harz 42/43.

Wandkarte der Provinz Sachsen.

Ein Hilfsmittel, um die geographische Ausdehnung der Verwaltungskreise genau festzustellen, ist sie besonders für Orts- und Kreisvertrauensmänner unentbehrlich.

Größe: Ein Quadratmeter. Sehr gut gearbeitet.

Für die Abonnenten des Volksblattes Preis 1 Mark.

Nach außerhalb inkl. Porto und Verpackung **1.35 Mark.**

Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung.**

Tee.

Um mein **großes Lager** von

Tee letzter Ernte

vor Eintritt der Zollermäßigung möglichst zu räumen verkaufe eine aus Restpartien besserer Sorten zusammengestellte Mischung zu dem Vorzugspreise von

Mk. 1.60 p. Pfd.

so lange Vorrat reicht.

Es ist dies für jedermann eine Gelegenheit, **einen vorzüglichen Tee** zu einem ungewöhnlich **billigen** Preise zu erwerben.

Ernst Ochse,

Leipzigerstr. 95.

Abbruch.

Kl. Schlossgasse 5 sind Türen, Fenster, Latten, Bretter, Treppen, Nutz- u. Brennholz billig zu verkaufen.

— Auch Sonntags von 7—9 Uhr. —

Wiederverkäufern

empfehlen alle Sorten

Masken, Narrenkappen, Karnevals Artikel

in größter Auswahl.

Preislisten gratis und franko.

Adler & Co.,

Galanterie- u. Spielwaren en gros.

Halle a. S., Franckestr. 18.

Fernsprecher 1081.

Musik.

Ia Konzert- und Ballmusik,

auch Einstudieren von Bühnenwerken, liefert in jeder Besetzung ohne Lehrlinge und **Beamte**

O. Schmelzpfennig.

Kräuter-Hustenbonbon

helfen sicher bei Husten u. Heiserkeit. Paket **25** Pf.

Max Rädler, Rannischestr. 3.

Stadt-Theater Halle a. S.

Direktion: **H. Richards.**

Dienstag den 16. Januar 1906

122. Ab.-Vorst. Beamtenkarten giltig. 2. Viertel.

Novität! Zum 1. Male: Novität!

Stein unter Steinen.

Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.

Anfang 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr.

Mittwoch den 17. Januar 1906

Nachmittags 3½ Uhr:

17. Weihnachts-Kinder-Vorstell. zu ermäßigten Preisen.

Neu einstudiert! Mit neuer Ausstattung!

Zum 16. Male:

Dornröschen.

Weihnachts-Ausstattungs-Komödie mit Gesang und Tanz in 5 Bildern, nach dem bekannten Märchen bearbeitet von C. A. Görner.

Abends 7½ Uhr:

123. Ab.-Vorst. Beamtenkarten giltig. 3. Viertel.

Mit vollständig neuer Ausstattung an Dekorationen, Kostümen, Requisiten, nach d. Einrichtung d. kgl. Hoftheaters in Wiesbaden.

Armide.

Große Oper von Quinault-Voß. Musik v. Christ. Willibald Ritter v. Gluck. Freie szenische und textliche Neubearbeitung in 1 Vorspiel u. 3 Akten von Georg v. Hülsen.

Musik. Ergänzung v. Joseph Schlar.

Walhalla-Theater.

Dir.: **Otto Herrmann.**

Anf.: 8 Uhr. Kassenöffn.: 7 Uhr.

Heute gr. Abschieds-Vorstellung.

Morgen Dienstag vollständig neues Programm.

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Poller.**

Heute, Montag, den 15. Jan.

Zum letzten Male:

Die „Liliputaner"

mit ihrem

Grand Cirque Liliput.

Ab morgen, den 16. Jan.

Nur kurzes Gastspiel der Weltattraktion

Chevalier Thorn

„Eine Reise durch das Traumland."

Das **Großartigste,** was bisher auf dem Gebiete **phantastischer Kunst** geboten wurde.

Welt-Panorama. Gr. Ulrichstraße 6 I.

Pyrenäen. Hochromantische Prachtserie.

Garantiert reines

Roggenbrot

12% Rabatt.

liefert die **neueingericht. Dampf-Brotfabr. v. M. Schubert,** Brandenburgerstr. 4. Fernruf 3180.

Bestellungen werden vom Kutscher und im Geschäft entgegengenommen.

Prachtvolles rotgestr. **Federbett** und **Nähmaschine,** fast neu, billig zu verkaufen **Geiststraße 21, I.**

Soeben erschienen:

Süddeutscher Postillon

Nr. 2.

Preis 10 Pfg.

Zu beziehen durch alle Austräger und die

Volksbuchhandlung

Harz 42/43.

Selbstgefertigte Schuhwaren,

ganz besonders haltbar, empfiehlt

A. Stief, Königstr. 15.

Gummischuhe in gut. Qualität.

Reparaturen werden sämtlich gut ausgeführt.

Gewürze

gar. rein gemahlen,

		bei 1 Pfd.	bei 5 Pfd.
schwarz. Pfeffer	à 95 Pf.	**90** Pf.	
weiss. „	à 130 Pf.	**125** Pf.	
Piment	à 75 Pf.	**70** Pf.	
Nelken	à 135 Pf.	**130** Pf.	
Ingwer	à 75 Pf.	**70** Pf.	

empfiehlt

Alfred Apelt,

Leipzigerstraße 8.

Zur Anschaffung empfohlen:

Aufklärungs-Schriften über das Christentum.

War Jesus Gott, Mensch oder Uebermensch? Von Dr. Eugen Lofinsky. — Preis 15 Pf.

Waren die Urchristen wirklich Sozialisten? Von Dr Eugen Lofinsky. — Preis 15 Pf.

Das wahre Christentum als Feind von Kunst und Wissenschaft. Von Dr. Eugen Lofinsky. — Preis 15 Pf.,

Was haben die Armen d. Christentum zu verdanken? Von Dr. Eugen Lofinsky. — Preis 20 Pf.

Christentum und Sozialismus. Neue Ausgabe mit einem neuen Vorwort vom Mai 1901 von **A. Bebel.** Preis 10 Pf., Porto 3 Pf.

Die wahre Gestalt des Christentums. Uebersetzt und mit Vorwort versehen von A. Bebel. Preis 50 Pf.

Glossen zur wahren Gestalt des Christentums. Von A. Bebel. Preis 30 Pf.

Sozialdemokratie und Zentrum. Von A. Bebel. Preis 20 Pf.

Die Religion der Sozialdemokratie. Von J. Dietzgen. 6. Aufl. Preis 20 Pf.

Wider Gottes- und Bibelglauben. Von A. Donai. Preis 30 Pf.

Die Kirche im Dienste des Unternehmertums. Von R. Calwer. Preis 10 Pf.

Arbeiterkatechismus. Von R. Calwer Preis 10 Pf.

Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde? Von P. Göhre. Preis 10 Pf.

Christliche Arbeiterpflichten. Preis 20 Pf.

Prinz Arenberg und die Arenberge. Preis 20 Pf.

Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie. Preis 10 Pf.

Die Ziele der sozialdemokratischen Partei. Preis 15 Pf.

Nieder mit den Sozialdemokraten. Preis 10 Pf.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung

Harz 42/43.

Arbeiter-Notiz-Kalender 1906

Verlag der Buchhandlung Vorwärts

Gebunden 60 Pfennig

Ein nützlicher Ratgeber, ein unentbehrliches Nachschlagebuch für alle in Partei und Gewerkschaften organisierten Arbeiter

Der diesjährige Kalender enthält u. a.: Vierzig Jahre deutsche Sozialdemokratie. — Normale Ernährung und Volksernährung. Von E. Wurm. — Wissenswertes aus dem gewerblichen Recht. — Die Reichstagswahlen 1903 mit den seither stattgefundenen Nachwahlen. — Biographien unserer Reichstagsabgeordneten. — Sozialistische und Gewerkschaftspresse in Deutschland. — Adressen der deutschen Gewerbe-Inspektoren — der deutschen Gewerkschaften — der Mitglieder der Generalkommission der Internationalen Sekretariate — der Arbeitersekretariate. — Mitgliederzahlen u. finanzielle Leistungen der deutschen Gewerkschaften. — Mitglieder in den einzelnen Gewerkschaften. — Weibliche Mitglieder. — Portotage. Münztabelle, Einnahme- und Ausgabetabellen usw.

Außerdem enthält der Kalender ein vorzüglich hergestelltes Lichtdruckbild:

Teilnehmer am Einigungs-Kongreß in Gotha 1875

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandl.,

Harz 42/43.

„Lindenhof"

(Halle-Kröllwitz).

Sonntag, den 21. Januar 1906,

grosser Maskenball.

Otto Mutterlose.

Grüne Heringe Pfund **15 Pf.** 3 Pfd. 40 Pf.

ff. Bücklinge 4 Stück **20** Pf.

A. Strube, Geiststr. 59/60.

Briketts

in Fuhren u. einz., auch für den Winterbedarf, liefert frei Gelaß à Ztr. 65 Pf.

Karl Hildebrand, Saalberg 2.

Fahrrad, Nähmaschine gut erh., billig zu verk. **Leitergasse 1, I.**

Kanarienhähne u. -Weibchen, Heckbauer, verkauft billig Brunoswarte 6, I Tr.

Zughund billig zu verkaufen. **Dieskau Nr. 82.**

Morgen u. jeden Dienstag **Schlachtefest** Joh. Fischer, Gr. Goienstr. 7

Rat und sichere Hilfe in Damenangelegenheiten, **Blutstockung** 2c. erhält man durch **Fr. Richter, Halle a. S.,** Schmeerstraße 8, II, Eing. Kuhgasse. Sprechst. tägl. 12—8 Uhr.

Privatleihamt Graseweg 11. **Vollmer.**

Tüchtiger solider

Abzieher

für Mineralwasser und Bier sofort gesucht. **Burgstr. 53.**

Barbierlehrling sucht **Louis Renter, Weißenfels a. S.**

Schultornister
Schultaschen
Schiefertafeln
Schieferkasten
Schieferstifte
Schieferspitzer
Federbüchsen
Bleistifte
Rechenmaschinen
Schreibhefte
Schulbücher
Reißzeuge
Zirkelkasten
Malkasten
Haussegen
Schachspiele
Bilderbücher
Jugendschriften
Märchenbücher
Abreißkalender
Kolorier-Vorlagen
Geograph. Lottos
Schultaschen
Alle Schreibmaterialien
Tuschkasten
Malbücher u. s. w.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung,

Harz 42/43.

Führer durch die Reichsgesetze!

Bau-Unfallversicherungs-Gesetz	0.25
Land- und Forst-Unfall-Versicherungs-Gesetz	0.25
Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetz	0.25
Strafprozeßordnung	0.40
Kranken-Versicherungs-Gesetz	0.30
Invaliden-Versicherungs-Gesetz	0.25
Gewerbegerichts-Gesetz	0.25
Strafgesetzbuch	0.40
Beschäftigung von Gehilfen u. Lehrlingen im Gastwirtsgewerbe	0.25
Preuß. Landgemeinde-Ordnung	0.30
Mit Erläuterungen	1.00
Preußische Gesinde-Ordnung	0.30
Polizeiverordnung betr. das Bauwesen auf dem platten Lande u. in der Provinz Sachsen	0.40
Merkbüchlein über das Recht im gewerblichen Arbeitsvertrag	0.10

Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung.**

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (G. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060116-19/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 12. Halle a. S., Dienstag den 16. Januar 1906. 17. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

19. Sitzung. Sonnabend, den 13. Januar 1906, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Frh. v. Stengel.

Die erste Beratung der

Reichsfinanzreform

und der fünf Steuervorlagen wird fortgesetzt.

Reichsschatzsekretär Freiherr **v. Stengel**: Dem Grafen Kanitz muß ich erwidern, daß die Regierung vorläufig keine Checksteuer beabsichtigt, um die Entwicklung des Checkverkehrs nicht zu stören. Ueber die Uebergangsabgabe und die Rückerstattung der Bierzeuer im Verkehr zwischen Nord- und Süddeutschland kann ich mich erst in der Kommission ausführlicher äußern. Dem Abg. Geyer erwidere ich, daß die Löhne der Tabakarbeiter mindestens in Süddeutschland sich in aufsteigender Linie bewegen. Die vorgeschlagene Kontrolle für Zigaretten ist nicht schlimmer als die Kontrolle in anderen Industrien. Es ist nicht wahr, daß unsere letzte Absicht das Tabakmonopol ist. Die Zeiten, in denen an ein Tabakmonopol gedacht werden konnte, sind unwiederbringlich vorüber. (Hört, hört! links.) Daß die Zigarette im 200 Prozent verteuert werden wird, bestreiten wir entschieden. Wir werden nicht zulassen, daß eine einzelne Industrie aus dem großen Werke der Reichsfinanzreform Nutzen zieht.

Abg. **Meist** (Soz.): Wenn der Schatzsekretär meint, daß wir alle indirekten Steuern verwerfen, so hat er im allgemeinen recht. In der Tat ist es unsere Absicht, das jetzige ungerechte Steuersystem durch eine gerechte Verteilung der Lasten auf die leistungsfähigen Schultern zu ersetzen. (Bravo! b. d. Soz.) — Ich wende mich jetzt zur vorgeschlagenen Abänderung der Reichsstempelsteuer. Es handelt sich hier um ein ganzes Bündel von Steuern, die zusammen 72 Millionen Mehrertrag abwerfen sollen: Quittungs-, Fahrkarten-, Frachtbriefe- und Automobilsteuer. Was zunächst die Quittungssteuer betrifft, so ist sie eminent mittelstandsfeindlich. Den kleinen Geschäftsmann belastet man mit einer Extraabgabe, um nur ja nicht die großen Vermögen gebührend zu treffen. Gerechtigkeit gibt es eben nicht im Klassenstaate. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Besteuerung der Postanweisungen ist einfach eine verschleierte Erhöhung des Portos für Geldsendungen. Dabei ist es eine Binsenwahrheit, der selbst Herr v. Podbielski als Postgeneral sich nicht entziehen konnte, daß jede Verbilligung zur Steigerung des Postverkehrs und damit der Reichseinnahmen führt, während jede Verteuerung das Gegenteil bewirkt. Die Frachtbriefsteuer ist wieder ganz besonders drückend für den kleinen Mann. Das große Versandthaus schickt mehrere Kollis auf einen Frachtbrief, der kleine aber zahlt für jedes Kolli seine zehn Pfennig extra. Die Postpakete werden in der ersten Zone mit fünf, in der zweiten mit zehn Pfennig besteuert. Das bedeutet wieder nichts anderes als eine Erhöhung des Paketportos von hinten herum. Würde die Regierung beim Postetat beantragen, den Portosatz für Pakete zu erhöhen, so würde man das ihr sicher nicht bewilligen. Unter der Postpaketsteuer werden vor allem auch die Buchhändler und die kleinen Kolportagehändler leiden. Es läßt aber die Regierung völlig kalt, daß der Mittelstand leidet, wenn sie nur Geld für ihre Zwecke bekommt: hat der Herr v. Rheinbaben neulich doch bei Gelegenheit der Brausteuer gesagt, Deutschland werde schon weiter bestehen, wenn auch ein Teil der Gastwirte zugrunde ginge. Mag der Mittelstand sich das merken. (Sehr gut! b. d. Soz.) —

Nun zur Fahrkartensteuer. Die Motive des Gesetzes sagen, der Luxus des Reisens solle besteuert werden. Nach meiner eigenen Erfahrung macht man nicht gerade Luxusreisen vierter Klasse, trotzdem zollen auch die bedürftigen Fahrgäste dieser Klasse jeder fünf Pfennig extra zahlen. Sollen doch nach der Vorlage die dritte und vierte Klasse zusammen fast anderthalb Millionen Fahrkartensteuer mehr aufbringen als die erste und zweite Klasse. So dokumentiert sich die Lerühmte ausgleichende Gerechtigkeit. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Dampfschiffahrten werden in den Motiven als Vergnügungsreisen bezeichnet. Vergnügt zu sein, kostet in Deutschland immer eine Extrasteuer. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Die Regierung betrachtet den Post- und Eisenbahnverkehr nicht als Selbstzweck sondern als Einnahmequelle für den Staatssäckel. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Die Automobilsteuer dringt wie alle Luxussteuern nichts ein. Ihr Ergebnis ist ja auch nur zu drei Millionen veranschlagt.

Im Jahre 1850 sprach sich das sonst so reaktionäre Ministerium Manteuffel gegen indirekte Steuern aus. Die besitzenden Klassen Deutschlands aber rebellierten sogar gegen die zahme Steuerreform des Herrn v. Miquel. So geht es auch jetzt wieder. Die Besitzenden wollen nicht zahlen, und die Regierung traut sich nicht an sie heran. Die Arbeiter haben es aber satt, sich die Kosten für Flotte und Kriegsheer aufhalsen zu lassen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Dogtshall** (Wirt.-Vgg.): Obwohl wir die vorgeschlagene Staffelung begrüßen, sind wir doch gegen eine Reichsbrausteuer, weil wir diese Einnahmequelle für Württemberg behalten wollen. Wir sind für die Erbschaftssteuer, aber gegen Tabaks- und Quittungssteuer, statt deren wir eine Wehrsteuer vorschlagen. Der Vorschlag des Kaliausfuhrzolls ist von uns ausgegangen, wir sind auch für den Kohlenausfuhrzoll zu haben, aber nicht für eine Reichsweinsteuer. Die Anbaustäche für Wein ist leider etwas zurückgegangen, dagegen wachsen zuviele Weine im Keller. (Heiterkeit.) Die Sachverständigenurteile gegen einen gewissen großen Weinpanscher sind zu milde ausgefallen. Man hat diesem Weinpanscher zugerufen:

Man fordere von ihnen
Ein Jahr lang in der Apotheke zu dienen,
Vielmehr noch könnte ihr Handwerk stärken,
Der Dienst in den städtischen Wasserwerken

(Große Heiterkeit.) In Deutschland gibt es soviel Steuern und Abgaben, daß eine weitere Anspannung nicht mehr möglich ist. (Beifall b. d. Wgg.)

Abg. **Gothein** (Frs. Vgg.): Ueber die Tabaksteuer will ich nicht sprechen, da ich schon meiner Figur wegen nicht gerne Falstaff spiele und an Toten meine Klinge übe. (Heiterkeit.) Ueber die Brausteuer hat sich mein Freund Pachnicke schon geäußert. Herr v. Rheinbaben berechnet die Gastwirtschaften nur nach der männlichen Bevölkerung, er vergißt, wieviele Ladenmädchen zum Beispiel einfach gezwungen sind, in Gasthäusern zu essen. Die gastwirtsfeindliche Rede des Herrn von Rheinbaben hat merkwürdigerweise den Beifall der Parteien gefunden, die als patentierte Mittelstandsfreunde gelten. (Heiterkeit und Beifall.) — Mein Freund Riff brachte seine Bedenken gegen die Erbschaftssteuer im Namen der elsaß-lothringischen Abgeordneten, nicht aber im Namen unserer Fraktion vor, die vielmehr entschiedene Anhängerin der Erbschaftssteuer ist. — Graf Kanitz hat ausgeführt, daß im Auslande sogar sozialdemokratische Parteien für den Schutzzoll seien. Nun kann aber in Australien z. B. der Schutzzoll auf Butter und Käse den Preis dieser Produkte nicht erhöhen, da Australien eine Ueberproduktion an diesen Gegenständen hat. Was Frankreich betrifft, so freue ich mich, daß Graf Kanitz Herrn Jaures hier haben möchte. Er billigt also nicht das Redeverbot des Reichskanzlers. In Frankreich steht die Sache so, daß manche Politiker der Linken der Kleinbauern wegen, die den überwiegenden Teil der französischen Bevölkerung bilden, für den Schutzzoll eintreten. Wegen des Zweikindersystems wirkt der Schutzzoll in Frankreich nicht annähernd so schlimm wie in Deutschland. (Lachen des Abg. Osel.) Sie brauchen nicht zu lachen. Ihr großer Führer Windthorst hat denselben Gedanken ausgesprochen. (Abg. Osel: Ich habe nicht über Sie gelacht!) Ja, Sie mögen sich irgend welche schöne Geschichten erzählen, aber wenn Sie dann plötzlich so laut auflachen, so glaubt der Redner, es bezöge sich auf ihn. (Große Heiterkeit.) — Ferner hat die französische Ausfuhr, für deren Gegenstände zumeist Liebhaberpreise gezahlt werden, nicht so sehr wie die deutsche unter Repressivmaßregeln zu leiden. Auch ist Frankreich bei seiner nicht zunehmenden Bevölkerung nicht so sehr auf Ausfuhr angewiesen — Die richtige Steuerpolitik besteht darin, daß man die Besitzenden mehr als bisher durch direkte Steuern sich an der Aufbringung der Reichsausgaben beteiligen läßt. (Bravo! links.)

Abg. Graf Kanitz (kons.): Die von mir vorgeschlagene Weinsteuer würden die kleinen Weinbauer auf die Konsumenten abwälzen können. Die Lage der französischen Landwirtschaft ist schlecht, weil Herr Jaures den von ihm geforderten Weizenzoll nicht hat durchsetzen können. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Dr. **Wolff** (Wirtsch. Vgg.) wendet sich gegen eine Reichsweinsteuer.

Abg. **Gothein** (Frs. Vgg.): Der französische Weizenzoll hat auf den Weizenpreis keinen Einfluß, weil über 90 Proz. der französischen Einfuhr zollfrei aus den Kolonien eingeführt werden.

Hiermit schließt die Debatte. Die Steuervorlagen gehen an eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern.

Es folgt die erste Beratung der Novelle zum Gesetz über die

Naturalverpflegung.

Abg. **Erzberger** (Zentr.) beantragt Ueberweisung des Gesetzes an die Budgetkommission. Die Novelle bringt die seit Jahren vom Reichstage vergeblich geforderte Erhöhung der Quartiergelder, aber eine solche, die unseres Erachtens nicht genügt. Nach unserer Meinung müßte statt der vorgeschlagenen 1 Mk. vielmehr 1.20 Mk. pro Mann gewährt werden. Es ist schön, wenn Quartiergeber die Soldaten so gut wie möglich und zum Teil auf eigene Kosten bewirten, werden aber einzelne Orte zu häufig mit Einquartierungen belegt, so wird aus dem freiwilligen Opfer der Bevölkerung eine unerträgliche Last. — Das ganze Naturalleistungsgesetz ist sehr reformbedürftig. Bei den Vorspannleistungen muß mehr Rücksicht auf die Landwirtschaft, namentlich auf die Erntearbeit genommen werden. Die Entschädigungssummen müssen sofort in bar ausgezahlt werden, mindestens aber eine Abschlagszahlung erfolgen. Es empfiehlt sich auch vielleicht, die Streitigkeiten wegen der Leistungen den ordentlichen Gerichten statt dem Verwaltungsstreitverfahren zu unterbreiten. (Beifall im Zentr. Staatssekretär Graf Posadowsky hat während der voraufgegangenen Rede am Bundesratstisch Platz genommen.)

Abg. **Beck-Heidelberg** (natl.) ist ebenfalls für Ueberweisung an die Budgetkommission und äußert sich im allgemeinen im Sinne des Vorredners. In Südwestdeutschland sind die Verpflegungssätze zu niedrig. Dem Wunsch des Vorredners, die Quartiergelder nach der Häufigkeit der Einquartierungen zu differieren, steht meine Partei nicht unsreundlich gegenüber. Hoffentlich findet sich in der Kommission ein gangbarer Weg. (Beifall bei den Natl.)

Abg. **v. Riepenhausen** (kons.) bezeichnet ebenfalls die Verpflegungssätze der Vorlage als zu niedrig und tritt auch seinerseits für einen Einheitssatz von 1.20 Mk. für volle Tageskost des Gemeinen und einen noch höheren Einheitssatz für die Verpflegung der Unteroffiziere ein. (Beifall bei den Kons.)

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (Wirtsch. Vgg.) tritt für die Vorlage ein und zitiert die Verse:

Ein Glas Bier und ein Stückchen Braten
Geben die Mädchen gern den Soldaten.

In Bayern werden aus dem einen Glase leicht zehn. (Heiterk.)

Abg. **Eickhoff** (Frs. Vp.) hofft, daß in der Kommission eine Erhöhung der Verpflegungssätze beschlossen werde. (Beifall rechts und links.)

Generalmajor **v. Gallwitz** verteidigt die Vorlage und die in ihr enthaltenen Verpflegungsgelder. Wenn die Truppen mehr die Eisenbahn zu der Fahrt nach den Uebungsplätzen benutzen werden, dann werden die Klagen über ungleichmäßige Belastung verschwinden.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Osel und des Generalmajors v. Gallwitz wird die Vorlage an die Budgetkommission verwiesen.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Kleinere Vorlagen, Interpellation Rören über die Verabschiedung von Offizieren wegen Duellverweigerung, Vorlagen über die Erhöhung des Servis und der Wohnungsgeldzuschüsse.

Schluß 5/6 Uhr.

„Pristaw Dünkelikow" vor Gericht.

Die Verhandlung vor dem hiesigen Landgericht wegen der im Juli im Volksblatt erschienenen Sonntagsplauderei, die in Gestalt eines russischen Theaterstückes unter dem Titel Pristaw Dünkelikow an den Fall Sommer-Neubauer anknüpfte, nahm folgenden Verlauf:

Kollege Molkenbuhr übernahm die Verantwortung für die Plauderei. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Zacke, sprach sich dahin aus, das Drama sei unverständlich, wenn nicht die vorher im Volksblatt über den Fall Neubauer erschienenen Artikel bekannt gegeben wurden. Diese Artikel wurden deshalb verlesen, darunter auch der Brief Neubauers, den er kurz vor dem Selbstmord an seine Frau geschrieben hat und in dem er schildert, wie er als Katholik eines Freitags Kartoffeln und Hering gegessen habe, was großen Durst erzeugte, so daß er während des Nachmittagsdienstes schnell ein Glas Bier getrunken habe. Das habe Polizei-Kommissar Sommer angezeigt, worauf Neubauers Entlassung aus dem Dienst verhängt worden sei. Andre Polizeibeamte, die Ehebruch trieben, blieben im Dienst, und er sei entlassen worden, weil er ein Glas Bier getrunken habe. „Dies ist die reelle Wahrheit, mein lieber — —", so endete der Brief.

Es wurden dann die polemischen Artikel über die Stellungnahme des General-Anzeigers als des Magistratsorgans zu dem Fall Neubauer verlesen; daran knüpfte sich die Mitteilung der bekannten Preßfehde, die Fragestellung an die Polizei, ob es u. a. wahr sei, daß Polizeikommissar Sommer einen Uriasbrief nach Bitterfeld geschrieben habe, um Neubauers Anstellung zu hintertreiben, und schließlich wurden Neubauers Personalakten verlesen. Danach hatte Neubauer einmal im Thurmschen Restaurant eine Schuld von fünf Pfennig gemacht und zugegeben, kleine Dienstwidrigkeiten begangen zu haben. Bekanntgegeben werden auch die Beleidigungsprozesse Sommer wider Kaufmann Hornbogen bezw dessen Dienstmädchen und umgekehrt. Dann gelangt ein Schreiben der Frau Neubauer zur Verlesung, indem diese sagt, Sommer sei an allem Unglück schuld, namentlich auf die Erntearbeit genommen werden. Die Entschädigungssummen müssen sofort in bar ausgezahlt werden, mindestens aber eine Abschlagszahlung erfolgen. Es empfiehlt sich auch vielleicht, die Streitigkeiten wegen der Leistungen den ordentlichen Gerichten statt dem Verwaltungsstreitverfahren zu unterbreiten. (Beifall im Zentr. Staatssekretär Graf Posadowsky hat während der voraufgegangenen Rede am Bundesratstisch Platz genommen.)

Abg. **Beck-Heidelberg** (natl.) ist ebenfalls für Ueberweisung an die Budgetkommission und äußert sich im allgemeinen im Sinne des Vorredners. In Südwestdeutschland sind die Verpflegungssätze zu niedrig. Dem Wunsch des Vorredners, die Quartiergelder nach der Häufigkeit der Einquartierungen zu differieren, steht meine Partei nicht unsreundlich gegenüber. Hoffentlich findet sich in der Kommission ein gangbarer Weg. (Beifall bei den Natl.)

Abg. **v. Riepenhausen** (kons.) bezeichnet ebenfalls die Verpflegungssätze der Vorlage als zu niedrig und tritt auch seinerseits für einen Einheitssatz von 1.20 Mk. für volle Tageskost des Gemeinen und einen noch höheren Einheitssatz für die Verpflegung der Unteroffiziere ein. (Beifall bei den Kons.)

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (Wirtsch. Vgg.) tritt für die Vorlage ein und zitiert die Verse:

Ein Glas Bier und ein Stückchen Braten
Geben die Mädchen gern den Soldaten.

In Bayern werden aus dem einen Glase leicht zehn. (Heiterk.)

Abg. **Eickhoff** (Frs. Vp.) hofft, daß in der Kommission eine Erhöhung der Verpflegungssätze beschlossen werde. (Beifall rechts und links.)

Generalmajor **v. Gallwitz** verteidigt die Vorlage und die in ihr enthaltenen Verpflegungsgelder. Wenn die Truppen mehr die Eisenbahn zu der Fahrt nach den Uebungsplätzen benutzen werden, dann werden die Klagen über ungleichmäßige Belastung verschwinden.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Osel und des Generalmajors v. Gallwitz wird die Vorlage an die Budgetkommission verwiesen.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Kleinere Vorlagen, Interpellation Rören über die Verabschiedung von Offizieren wegen Duellverweigerung, Vorlagen über die Erhöhung des Servis und der Wohnungsgeldzuschüsse.

Schluß 5/6 Uhr.

Der Simplicissimus vor dem oberbayrischen Schwurgericht.

AE. München, 13. Jan. 1906.

Ihr Freunde traut und wohlgeneigt,
Ich bin schon wieder angezeigt.
Der Schreiber oder Sekretär
Nimmt einen neuen Bogen her.
Der Staatsanwalt schaut schon den Hahn
Und legt die Flinte auf mich an.
Der Richter rollt sein Augenpaar,
Es sträubt sich sein Juristenhaar;
Sie haben alle auf mich gebirscht,
Die Tinte spritzt, die Feder knirscht,
Der Polizeihund fletscht den Zahn
Und knurrt mich ganz abscheulich an.
Ihr Freunde, trauert nicht so fast!
Ich sitze fröhlich auf dem Ast
Und pfeife wie der Vogel pfeift,
Ob auch Justiz den Sodl schleift!

Also pfiff der lose Vogel Peter Schlemihl (Dr. Ludwig Thoma) in der Neujahrsnummer des Simplicissimus; er hatte die Vorladung zur heutigen Schwurgerichtsverhandlung am Landgerichte München I bereits in der Tasche. Doch Peter Schlemihl ist ein richtiger Singvogel, er singt sein Liedlein, wenn ihm die Lust dazu kommt und er singt auftrebem, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Was kümmert's ihn, wenn zimperlichen Leuten sein Gesang nicht gefällt, sie sollen sich die Ohren verstopfen. Anders denkt die hohe Justiz. Sie hat aus dem Gesang etwas ganz Gefährliches herausgehört, daher möchte sie den Sänger gern auf einige Zeit in den Käfig sperren, um ihm seinen Naturgesang abzugewöhnen und ihn auf Melodien dressieren, die gegenwärtig bei den maßgebenden Normalmenschen gern gehört werden. Darum steht Dr. Ludwig Thoma heute vor den Geschworenen. Er ist angeklagt eines Vergehens gegen die Sittlichkeit, begangen durch die Presse. (Verbreitung unzüchtiger Schriften.) Die Anklage betrifft das im Oktober 1905 erschienene Flugblatt des Simplicissimus „Fort mit der Liebel Ein Notschrei! Den Sittlichkeitsaposteln ergebenst unterbreitet von Ludwig Thoma und Olaf Gulbransson." Das Flugblatt ist von Thoma verfaßt, die Zeichnungen stammen von Gulbransson.

Den Vorsitz der Verhandlung führt Oberlandgerichtsrat Weigand, die Anklage vertritt Staatsanwalt Aull. Als Verteidiger sind Rechtsanwalt Konrad Haußmann, der Thoma bereits in Stuttgart vertreten hat und Justizrat Bernstein erschienen. Das Flugblatt ironisiert den Sittlichkeitskongreß in Magdeburg und dessen geistige Leiter. Hier einige Proben daraus:

Sittlichkeit! In deinem Namen,
Schau, wie sie zusammenkamen,
Jene Männer, die man nennt
Heilig oder impotent!
Präsidenten von Vereinen,
Greise mit den Schenkelbeinen,
Gottdurchdrungen, glaubensstark
Und mit schlechtem Rückenmark.
Evangelisch und katholisch,
Ausgebuttert, altkatholisch,
Alle, denen einzig blieb
Nur der Suff als Mannestrieb.

In spitzigen Versen lehrt dann Thoma die Sittlichkeitsapostel, wie es in Zukunft um die Liebe bestellt sein muß. Ganz versagen läßt sie sich nicht, aber einschränken, in den Ehehafen zwingen. Selbstverständlich ist immer strenge Kontrolle notwendig, und Thoma zeigt daher seinen geliebten Muckern, wo überall Fleischessünden zu finden sind, so in erster Linie in manchen Residenzen. Mit Hohn frägt Thoma:

Wollt Ihr mit den Füßen treten
In den Schmutz der Majestäten?
Nein! Ihr sagt wohl still und feig:
Fürsten sind aus anderm Teig.
Wollt ihr dann die Blicke wenden
Zu den Geld- und Adelsständen,
Wo man ein Gefühl erreicht,
Wenn man es in bar begleicht?

Ein leises Ahnen sagt Thoma, daß die Mucker sich in der angedeuteten Richtung ausschweigen werden. Die Zorneswolke erhebt sich nur vor dem niederen Volke, der frommen Speichel spritzt nur auf den, der nichts besitzt. Auch der Frömmste sündigt, die Jugend wird nicht geschont.

Und so sieht man überallen
Sünden tun und Engel fallen,
Auch gesalbete sogar.
Das ist schmerzlich, aber wahr.
Ueberhaupt, ihr Sittenbündler,
Keuschheitstrottel, Tugendschwindler,
Habt ihr schon den eignen Dreck
Gänzlich von der Seele weg?

Mit der schärfsten Lauge seines Spottes übergießt Thoma die Sittlichkeitsschnüffler und Vorzugschriften und verabschiedet sich von ihnen:

Jetzt lebt wohl! Wenn ihr die Rüssel
Steckt in jede Unratsschüssel,
Schaut, daß ihr's zu arg nicht treibt
Und nicht darinnen stecken bleibt.

Als Sachverständige sind u. a. geladen: die Schriftsteller Dr. Georg Herh, Dr. M. J. Conrad, Hermann Fischer (Kurt Aram), Dr. L. Ganghofer, Dr. Habich, Dr. Hallgarten, Fritz v. Ostini und die Professoren August Forel aus Chigny (Schweiz), Karl Marx (München) und Dr. Schneegans (Würzburg).

*

Der Prozeß endete mit der Freisprechung Thomas. Das Gericht erkannte jedoch im objektiven Verfahren auf Einziehung des Flugblattes. Wir werden morgen ausführlicher über die Verhandlung berichten.

Stadt-Theater.

Armide, Oper von Gluck.

Wollte jemand die Shakspearescheu Königsdramen „modernisieren," so würde ihm das Hohngelächter der gesamten literarischen Welt die Feder aus der Hand schlagen. Daß dagegen Opern modernisiert werden dürfen, das will manchem nicht nur als zulässig sondern sogar als löbliches Werk erscheinen, obwohl Opern genau in dem Maße, sogar eher noch in höherem Maße als Kinder ihrer Zeit aufgefaßt und gewürdigt sein wollen wie die Dramen. Als dramatischer Fehler- und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060116-19/fragment/page=0005

glück schuld. Letzterer hat den gegen Frau Neubauer gestellten Strafantrag schließlich wieder zurückgezogen. Ein nach Bitterfeld gesandtes Schreiben der Hallschen Polizei-Verwaltung, in dem gesagt wird, die Angehörigen Neubauers und die sozialdemokratische Presse verbreite das Gerücht, Kommissar Sommer habe einen Brief nach Bitterfeld gesandt, um Neubauers Anstellung zu verhindern, wird vom Bitterfelder Magistrat dahingehend beantwortet, daß ein Brief Sommers dort nicht eingegangen ist.

Darauf gelangt die Plauderei zur Verlesung, die sich der Staatsanwalt folgendermaßen zurechtgelegt hatte: Pristaw Dünkelikow, ein Revier-Kommissar, wird durch seine Gattin Annuschka aufgehetzt, den Polizisten Schluckerejew ohne eigentlichen Grund zu entlassen. Letzterer gibt zu, an einem Festtage, an dem er gebörrten Fisch genossen hat, ein Glas Bier getrunken zu haben. Der Polizist bemüht sich um eine Stelle nach Gorkislow, die ihm durch das Eingreifen Annuschkas absprenstig gemacht wird. Schluckerejew erschießt sich und Dünkelikow wird vom Dienst entlassen.

Kollege Molkenbuhr erklärt, nicht der Verfasser zu sein; er übernehme aber die Verantwortung. Bei den Schilderungen habe der Verfasser allerdings auch den Fall Sommer und Neubauer mit im Auge gehabt. Das Gefühl, daß Kommissar Sommer dadurch beleidigt werde, habe er nicht gehabt. Zur Zeit sei man fest der Meinung gewesen, Kommissar Sommer habe einen Uriasbrief nach Bitterfeld geschrieben.

Rechtsanwalt Dr. Landsberg: Zu einer Stadtverordnetensitzung, in der Stadtv. Thiele eine längere Rede über die Hallschen Polizeiverhältnisse gehalten, hatte Oberbürgermeister Staude zu Beginn der Ober-Polizeiinspektor Weydemann bestellt, der erwent. auf Angriffe Thieles antworten sollte. Thiele stellte auch in jener Sitzung die Frage, ob es wahr sei, daß Kommissar Sommer den Uriasbrief nach Bitterfeld geschrieben habe. Nach der Rede Thieles hat aber Ober-Polizei-Inspektor Weydemann ohne ein Wort der Entgegnung die Sitzung verlassen. Nachdem dann die Rede Thieles als Broschüre mit der Fragestellung, ob Sommer nach Bitterfeld geschrieben habe, erschienen war, wurde nur auf Grund der Behauptung, es wären Unstimmigkeiten im Polizeikörper vorhanden, Anklage erhoben. Die Angeklagten, Redakteur Thiele und Molkenbuhr, wurden aber freigesprochen. Liegt da nicht der Schluß sehr nahe, daß die Redaktion die Ueberzeugung gewinnen mußte, der Uriasbrief ist geschrieben worden? Vielleicht könne Herr Ober-Polizei-Inspektor Weydemann über die Sache Auskunft geben.

Staatsanwalt Schlütter: Gewiß handelte Herr Oberbürgermeister fürsorglich, daß er Herrn Ober-Polizei-Inspektor Weydemann zur Sitzung bestellte. Herr Weydemann sollte nur im Falle einer Diskussion eingreifen. Daraus, daß Herr Weydemann schwieg, ist keineswegs ein Zugeständnis zur Rede Thieles zu folgern.

Zeuge Ober-Polizei-Inspektor Weydemann: Herr Oberbürgermeister Staude wünschte, daß ich an der Sitzung teilnehme. Das Bureau gestattete, daß ich am Magistratstisch Platz nahm und zu einer eventl. Gegenrede Notizen machte. Herr Thiele sprach ziemlich lange und während der Rede **ging es im Kollegium von Mund zu Mund: „Um Gottes willen nur keine Entgegnung;** die Sache muß **glatt abfallen."** Oberbürgermeister Staude sowohl wie auch Geheimrat Dittenberger, der Vorsteher, **gaben mir zu verstehen: „Reden Sie nicht."** Da nun von den übrigen Stadtverordneten niemand das Wort ergriff, **schwieg ich, und so kam es, daß keine Antwort erfolgte.**

Die Vernehmung des von der Verteidigung geladenen Sachverständigen, Redakteur Engel vom Berliner Tageblatt, wurde vom Gericht abgelehnt, da das Gericht annehmen werde, daß die dichterischen Ausschmückungen und das Beiwerk zur Plauderei nicht als Beleidigungen zu betrachten seien. Die Verteidigung verzichtete darauf auf Vernehmung des Sachverständigen.

Staatsanwalt Schlütter: Es ist zweifelsohne festgestellt, daß der Verfasser jener Plauderei mit dem Pristaw den Polizeikommissar im Auge gehabt habe. Auch die Identität von Schluckerejew und Neubauer sei als festgestellt anzunehmen. Ob der Mann wiederholt oder nur einmal im Dienst getrunken habe, bleibe dahingestellt. Jedenfalls ist zu glauben, daß der Mann damals Hering gegessen hat und darauf im Dienste ein Glas Bier trank. Aus welchen Gründen der Mann in den Tod gegangen ist, entzieht sich der Kenntnis des Gerichts. Es mag sein, daß die Ueberzeugung vorlag, Neubauer sei in den Tod gegangen, weil er keine Stellung fand. Es wurde der ominöse Brief veröffentlicht. Dann ist von dem großen Protokoll Sommers die Rede; dann kamen die Fragen an die Polizei-Verwaltung, und schließlich die Plauderei. Da liege der Schluß sehr nahe, wer mit Dünkelikow, Fuchsjekin 2c. gemeint ist. Die Schilderungen beziehen sich auf bestimmte Personen in Halle. Dabei brauche man allerdings nicht alles auf Sommer zu beziehen, was über Dünkelikow gesagt worden ist. Eine Person, die sich Latz nennt, schreibe jetzt allwöchentlich solche Plaudereien, in denen gewisse Vorgänge aufgeputzt und zugespitzt würden. Dünkelikow soll nach durchschwärmter Nacht nicht recht und billig gegenüber Neubauer gehandelt haben. Mit verwerflichen Mitteln habe er den Unterbeamten um sein Brot gebracht, heißt es da. Seht, so sagt der Verfasser, wegen ganz geringer Kleinigkeiten werden Unterbeamte entlassen und die oberen tun, was sie wollen. Wie es kommt, daß sich das Volksblatt, das sich immer darauf etwas zugute tut, wenn es der Polizei etwas anhängen kann, sich des Falles Neubauer annahm, bleibe dahingestellt. Man möge die Plauderei nicht von zu hoher Warte aus betrachten und erwägen, daß es sich um einen Exekutivbeamten handelt, der beleidigt worden ist. Ein Beamter, der sich in der Oeffentlichkeit bewege, müsse besonders geschützt werden. Allerdings sei der Angeklagte nur sehr gering bestraft, aber eine Geldstrafe in diesem Falle zu verhängen, sei nicht angebracht. Die Beleidigung müsse als außerordentlich frivol bezeichnet werden, weshalb eine Gefängnisstrafe von

sechs Monaten

bei Vernichtung der noch vorhandenen Volksblatt-Exemplare mit der Plauderei und Publikationsbefugnis zu beantragen sei.

Rechtsanwalt Dr. Landsberg: Zugegeben, daß sich die Plauderei auf Hallesche Vorgänge bezieht, und zugegeben, daß der Fall Neubauer dabei sehr klar in den Vordergrund tritt, so könne man dem Staatsanwalt darin doch keineswegs folgen, daß alles, was bezüglich Dünkelikow gesagt werde, auf Kommissar Sommer bezogen werden müsse. Dafür nur ein Beispiel: Dünkelikow wird nach der Plauderei aus dem Amte mit Schimpf und Schande entlassen; Kommissar Sommer ist aber im Amte geblieben und tut noch heute seinen Dienst. Der Staatsanwalt warf die Frage auf, weshalb das Volksblatt sich des Falles Neubauer zum Zwecke der dramatischen Bearbeitung bemächtigte. Wohnte denn nicht dem Fall Neubauer ein hohes tragikomisches Moment inne? Wer dramatisieren will, muß dazu einen Stoff haben sowie der Maler ein Modell braucht. Der Dramatiker verarbeitet den Stoff in seinem Sinne und durchtränkt ihn mit seinem Geiste. Es ist bekannt, daß Lessing sein Drama Emilia Galotti auf Zuständen am Braunschweiger Hofe aufbaute. Aber, daß er mit der dramatischen Wendung: „Ein Todesurteil? Sonst nichts?" den Herzog von Braunschweig beleidigen wollte, ist wohl niemals angenommen worden. Es erfolgte auch keine Anklage wegen Beleidigung gegen Lessing. Schiller hat mit seinem Drama: Kabale und Liebe auch Zustände am Stuttgarter Hof behandelt und man hätte möglicherweise annehmen können, er hätte den Präsidenten im Drama verdächtigen wollen, dieser habe beabsichtigt, einen eigenen Sohn an eine Dirne zu verkuppeln. Kein Mensch hat aus dem Drama eine Beleidigung gefolgert, obwohl man in Stuttgart mit Fragen auf die Modelle dieser Figuren deuten konnte. Wenn man den Verfasser der unter Klage gestellten Plauderei auch nicht von dieser hohen Warte aus beurteilen könne, so müsse doch auch ihm das Recht zustehen, seinen dramatischen Stoff dichterisch frei zu behandeln. Der Verfasser handelte als Produzent eines dramatischen Werkes und sein Gedankengang ist psychologisch sehr erklärlich. Dagegen sind die Schlußfolgerungen des Staatsanwalts unbegründet und ungerechtfertigt. Kein Mensch hat dem Kommissar die Eigenschaften Dünkelikows, der auch als Trinker geschildert wird, andichten wollen. Der vorhandene Stoff ist in das Drama hineingepreßt und dann bearbeitet worden. Den Aufputz dürfe man nicht als Tatsache hinstellen; Ausscheidungen seien hier notwendig. Wenn das Volksblatt lokale Vorgänge schildern wolle, so stehen dem Redakteuren dazu der lokale und politische Teil des Blattes zur Verfügung. Für das schmückende Beiwerk in der Plauderei könne man einen Redakteur nicht verantwortlich machen. Bezieht die Kammer einige Schilderungen bezüglich des Dünkelikow auf Kommissar Sommer, so müsse sich der Angeklagte eine Bestrafung gefallen lassen. Aber eine Gefängnisstrafe sei dann sicherlich nicht am Platze. Der Angeklagte ist bisher fast unbestraft. Er mußte annehmen, dem Neubauer ist Unrecht geschehen. Der eine Bürgermeister stellte dem Polizeibeamten ein sehr gutes Zeugnis aus. Der Staatsanwalt sagt, es sei bekannt, daß solche Zeugnisse ausgeschmückt würden. Nein, das ist nicht bekannt. Bei Privatleuten würden wohl Zeugnisse ausgeschmückt, aber bei Behörden nicht. Denn die Beamten suchten doch immer wieder Stellung als Beamte. Uebrigens dürfte bekannt sein, daß Personen, die unzutreffende Zeugnisse ausstellen, dafür ev. haftbar gemacht werden könnten. All die Dinge von dem angeblichen Brief nach Bitterfeld 2c. kommen im Stadtverordneten-Kollegium zur Sprache. Ober-Polizeiinspektor Weydemann hört das mit an und antwortet nicht. Es kommen diesbezügliche Fragen ins Volksblatt und die Polizei schweigt. Mußte denn der Angeklagte dadurch nicht in der Annahme, der Uriasbrief ist geschrieben, bestärkt werden? Alle vorliegenden Umstände sprachen nach Ansicht des Angeklagten dafür. Auch die satirische Form möge man nicht als gefährlich ansehen. Wer will sich denn von dem Narren mit der Schellenkappe beleidigt fühlen? Komme das Gericht zu einer Verurteilung, so möge es höchstens auf eine mäßige Geldstrafe erkennen.

Das nach längerer Beratung verkündete Urteil lautete auf

300 Mark Geldstrafe

ev. 30 Tagen Gefängnis nebst Publikationsbefugnis im Volksblatt und im General-Anzeiger. In der Urteilsbegründung hieß es, daß nicht auf Grund des § 186 sondern nach § 185, einfacher Beleidigung, Anklage erfolgt sei. Es möge zugegeben werden, daß manches in der Plauderei Gesagte zutreffe. Die höhnische Art und Weise, mit der aber das Geschehnis bearbeitet worden ist, deute auf Beleidigung hin. Mit Rücksicht auf die obwaltenden Umstände und mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte bisher nur sehr gering bestraft ist, habe sich das Gericht für die Verhängung einer Geldstrafe entschieden. Die noch vorhandenen Nummern mit der Plauderei seien einzuziehen.

Modernisierungssalon hat sich seit Jahren die Leitung des Hoftheaters in Wiesbaden aufgetan. Von dort her ist der neu aufgebügelte Oberon gekommen; dort ist auch vor einigen Jahren Armide umfrisiert worden. Die „freie szenische und textliche Neubearbeitung" rührt vom hohenzollernschen Generalintendanten Georg v. Hülsen her, die „musikalische Ergänzung" vom Wiesbadener Kapellmeister Josef Schlar.

Als 1777 Armide in Paris zur ersten Aufführung gelangte, fand sie nur kühle Aufnahme. Mag sein, daß daran der damals heißtobende Streit zwischen Gluck und seinem Konkurrenten Piccini zum Teil die Schuld trug; die Oper enthält jedoch auch in sich Momente, welche die wenig begeisterte Aufnahme erklärlich machen. Von der Neubearbeitung behaupten Lobredner, sie sei pietätvoll erfolgt und habe die Eigenart des Originals allenthalben zu wahren verstanden. Ich bin nicht der einzige, der diese in Wiesbaden geborene und heimliche Auffassung nicht zu teilen vermag. Es war ja unvermeidlich, daß die „freie textliche Bearbeitung" auch „musikalische Ergänzungen" im Gefolge habe mußte; aber die Hauptsache war die szenische Modernisierung. Man liebt heute Knalleffekte, auch auf der Bühne. Ich für meinen Teil freilich verzichte in der Armide gern auf die gleitenden Vorführungen der Bühnentechnik mit den sich hebenden und senkenden oder nach rechts und links sich verschiebenden Kulissen und begnüge mich mit dem ursprünglichen Gluck. Eine prunkende Orchidee mit einem hineingesteckten Veilchen ist ein Widerspruch in sich selbst. Und ein Zaubermärchen wie Armide will in dem Geiste der Zeit verstanden sein, in der es erblüht ist.

Herr Tittel wahrte nach Kräften bei Leitung des musikalischen Teils der Aufführung das Wesen der Gluckschen Musik, und die Szenerien reihten sich der im gleichen Atelier erstandenen Ausstattung für den Oberon würdig zur Seite. Von den Künstlern beherrschte Lisbeth Stoll die Aufführung. Am Schlusse war ihre prächtige Stimme noch ebenso frisch und glockenrein wie zu Anfang, und neben ihrem Gesange war ihre schauspielerische Gestaltung der Armiderolle von hohem Werte. Am Ende des zweiten Aktes wurde der Künstlerin unter starkem Beifall ein mächtiger Lorbeerkranz verehrt, und am Schlusse der Aufführung mußte sie sich wiederholt an der Rampe zeigen. — Herr Birkholz spielte und sang den Hidroat mit Würde und Wärme; bei zwei oder drei Einsätzen fehlte es an Sicherheit. Die kurze Rolle des Aront gab Herr Soomer mit Temperament. Die beiden Vertrauten der Armide, Allice v. Boer und Erna Fiebiger, waren sowohl im Vorspiel als in der Oper bezent in Haltung und Gesang. Valentine Sarta zeichnete sich als Najade wieder durch den Wohllaut der Stimme aus, war jedoch in der Textaussprache weniger befriedigend. Ganz prächtig hallte die mächtige Altstimme der Furie des Hasses, Berta Grimm, wie überhaupt das sechste Bild am besten mit zur Geltung gelangte. — Herr Becker schnitt als Rinald nicht günstig ab. Er fühlte sich nicht sicher, wann er einzusetzen habe. Sein ängstliches Schauen nach dem Kapellmeister und das von diesem zu erwartende Zeichen nahmen ihn die schauspielerische Freiheit. Aber auch sonst war zu wenig Feuer in seinem Spiele. Im dritten Akte vergriff er sich einmal ziemlich auffällig, während sonst das Duett mit Armida „Herz an Herz, glückumloht", recht gut gelang. Der Schild Ubalds (Herr Raven) war — auch ein Knalleffekt moderner Bühnentechnik — mit einer kleinen elektrischen Batterie versehen worden, so daß das Kreuz, zu dessen Rückkehr Rinald gemahnt wird, in hellem Glanze erstrahlte.

Daß Armide durch die Wiesbadener Bearbeitung zu dauerndem Leben sollte erweckt worden sein, ist kaum anzunehmen. Der Stoff liegt unserer Zeit nicht mehr, und trotz vieler musikalischer Schönheiten der Oper hat Gluck ohne Schlars Hilfe [illegible] noch manches bessere [illegible]schrieben. Th.

Halle und Saalkreis.

Halle, 15. Januar.

Eine Flugblattverbreitung mit Hindernissen.

Wenn die Polizei den Schnupfen bekommt, müssen die Arbeiter niesen. Und wenn die Polizei nervös wird, müssen die Arbeiter die Folgen tragen. Gestern war nun bei der Polizei ein besonders hohes Maß von nervöser Erregtheit bemerkbar, und die Proletarier, welche ein sehr ruhig gehaltenes Flugblatt gegen das „erbärmlichste aller Wahlsysteme" verbreiten wollten, wurden deshalb in ebenso hohem Maße an der Ausübung eines staatsbürgerlichen Rechts gehindert. Wie es gekommen ist, daß die seit Jahrzehnten an Sonntagen ungestört vorgenommene Verbreitung von Flugblättern urplötzlich unstatthaft sein soll, wird ja wohl der weitere Verlauf der Staatsaktion zeigen. Die Polizei beruft sich auf einen Ministerialerlaß. Da sich aber jeder derartige Erlaß im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften halten muß, weil er sonst ungültig sein würde, so darf mit einiger Spannung der Wortlaut dieses neuesten Produkts ministerieller Weisheit erwartet werden; denn bekannt ist bisher der Erlaß nicht.

Die Jagd nach dem Flugblatte ist offenbar durch ganz Preußen organisiert gewesen. Konnten wir doch am Sonnabend melden, daß in Görlitz die Flugblätter polizeilich beschlagnahmt worden sind, so liegt heute die gleiche Meldung aus Danzig vor, wo am Sonnabend nicht weniger als zehn Haussuchungen nach der verbotenen Frucht stattfanden. In Elberfeld wurden 135 000 Exemplare des Flugblattes konfisziert, weil sie angeblich zu Gewalttätigkeiten aufreizen sollten. In Düsseldorf wurde am Sonnabend in der Redaktion und in der Druckerei unseres Parteiblattes, im Gewerkschaftshause und bei einzelnen Genossen nach dem Flugblatte gehausucht, doch nichts gefunden.

Hier in Halle hatte die Polizeiverwaltung angeordnet, daß sich zahlreiche Polizisten in Zivil zu kleiden hatten. In dieser Kostümierung paßten sie unsern Parteigenossen auf, fingen sie ab, nahmen sie mit zur nächsten Wache, ließen sich dort die Flugblätter geben und teilten den Sistierten mit, daß sie „morgen", also am heutigen Montage die Flugblätter sich wieder abholen könnten. Zum Teil mußten sich die von der Straße Weggerissenen sogar ein Befühlen ihres Körpers gefallen lassen, um etwaige verborgen getragene Flugblätter nicht entschlüpfen zu lassen. Bis ins zweite und dritte Stock folgen besonders eifrige Beamte den proletarischen Sendboten. Insgesamt mögen gestern in Halle 89 Parteigenossen beim Flugblattverbreiten sistiert worden sein. Da aber etwa 250 Genossen an der Verbreitung sich beteiligten, ist es der Polizei nicht gelungen, die Ausstreuung des Samens zu verhindern. Von 30 000 Exemplaren sind mehr als 25 000 verteilt worden. Diejenigen Straßen, die gestern nicht mit dem gefährlichen Flugblatt belegt werden konnten, erhalten dasselbe heute oder morgen. Wer keins bekommt, kann sich ein Exemplar in der Volksbuchhandlung abholen oder durch unsere Zeitungsausträger eins besorgen lassen.

Denen, welchen Flugblätter abgenommen worden sind, wurde, wie schon gesagt, der gute Rat erteilt, sie sich heute wieder zu holen. Das ist nicht notwendig. Die Polizei kennt die gesetzlichen Vorschriften über die vorläufige Beschlagnahme von Drucksachen. Sie hat dementsprechend sofort die richterliche Entscheidung darüber herbeizuführen, ob die Beschlagnahme aufrecht erhalten wird oder nicht. Im letzteren Falle muß sie die Flugblätter schleunigst denen ins Haus zurückbringen, denen sie abgenommen worden sind. Und da in mehreren Fällen die Verbreitung schon fast vollendet war, ehe die Sistierung erfolgte, so daß nur wenige Exemplare, die leicht ersetzt werden können, der Polizei in die Hände fielen, werden die betreffenden Genossen ruhig abwarten, bis die Polizei ihnen die Blätter fein säuberlich in die Wohnung bringt.

In dem einen Falle ist es vorgekommen, daß auf der linken Straßenseite unbeanstandet die Saalesetzung ausgetragen wurde, während auf der rechten Seite unserem Genossen die Flugblätter abgenommen wurden. Das gibt's nicht! Entweder oder! Entweder dürfen Sonntags überhaupt keine Druckschriften verbreitet werden, oder es ist allen und für alle Druckschriften gestattet. Eine Auslese darf nicht gehalten werden. — Auf einzelne amüsante Vorkommnisse kommen wir zurück.

Von auswärts liegen widersprechende Nachrichten vor. In vielen Dörfern ist die Verbreitung des Flugblattes unbeanstandet erfolgt, auch zu Gesicht der Gendarmen oder anderer Polizeiorgane. In anderen Dörfern hatte man das Spritzenhaus bereit gehalten, um den Verbreitern Freiquartiere zu gewähren. Da aber die Nürnberger keinen hängen, ehe sie ihn haben, blieben die höchst nützlichen Spritzenhäuser von unfreiwilliger Einquartierung verschont. In Löbejün wurde ein Verbreiter sistiert, vier in Hohenturm.

Im Naumburger Kreise ging die Verbreitung fast überall ruhig von statten; nur in Kleinjena und Schönburg wurden Genossen angehalten. In Schönburg war aber eben das letzte Flugblatt zur Verausgabung gelangt, als der staatsrettende Amtsvorsteher erschien. — In Weißenfels war zwar die Polizei von früh an auf den Beinen, aber vergeblich. In Wiedebach (Kreis Weißenfels) durchsuchte der Gendarm einen Sack, den ein Arbeiter trug. Er fand zwar Frettchen drin, doch keine Flugblätter. In Mertendorf nahm der Wachtmeister den zwei Genossen die Flugblätter ab; da jedoch für Reserve gesorgt war, trat keine Betriebsstörung ein.

Vier Delitzscher Genossen wurden in Brehna angehalten, ebensoviele Bitterfelder in Friedersdorf. In Greppin wurden 257 Flugblätter beschlagnahmt, in Wolfen 163. In Paupitzsch war der Ortsschulze froh, einem Genossen ein Paket abnehmen zu können. Gern wurde es hingegeben, und der Genosse bemerkte, die Post wolle auch was verdienen, und der Herr Ortsvorsteher werde ihm das Paket schon wieder zuschicken. Das wird in der Tat geschehen müssen, denn in dem Pack befanden sich — Volkskalender. In Landsberg und Löbnitz erfolgten ebenfalls Sistierungen.

In Merseburg wurden vier Genossen 365 Flugblätter beschlagnahmt; die übrigen Blätter wurden ungehindert verbreitet. Auch im Distrikt Dürrenberg sind Sistierungen und Beschlagnahmungen vorgekommen; einige der bereits verteilten Flugblätter wurden den Empfängern wieder abgenommen, wozu die Polizei nicht das allermindeste Recht hat. In Schkeuditz wurden zahlreiche Flugblätter beschlagnahmt und die Verbreiter sistiert. — In Querfurt hielt der Wachtmeister Dill unsere Genossen dreimal an und fragte sie, ob sie nicht wüßten, daß Sonntags keine Flugblätter verbreitet werden dürften. Er stellte den Genossen einen Prozeß in Aussicht, den sie mit Seelenruhe erwarten können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060116-19/fragment/page=0006

In Eisleben ist alles glatt gegangen, dagegen hat die Polizei in anderen Orten des Mansfeldschen reiche Beute fortgetragen. In Hettstedt wurden 2700 Exemplare beschlagnahmt, in Kloster-Mansfeld 500, in Stadt Mansfeld 500, in Helbra 1200. In Ahlsdorf kam die Polizei einen Posttag zu spät; sie drohte aber den Verbreitern, die ihr gefährliches Werk bereits vollendet hatten, mit einem Prozeß wegen — Sonntagsentheiligung. Die Nachfrage nach den Blättern unter den Bergleuten ist infolge der Beschlagnahme äußerst stark.

Aus Sangerhausen ist keine Nachricht eingelaufen; in Heringen, Uftrungen und Berga wurde nach den Flugblättern gefahndet, doch nur in Heringen gelang die Konfiskation. Der Gendarm war den Genossen nach Uftrungen nachgefahren. Dieselben hatten das gemerkt und waren auf einer anderen Station ausgestiegen. Sie besorgten Uftrungen erst, als dem Gendarm die Zeit des Wartens zu lang geworden war.

Aus Nebra schreibt uns ein Genosse: Von hier zogen heute 24 Mann aus; 7 mußten die goldene Aue belegen. Sie wurden auch golden aufgenommen. Der Gendarm begleitete die Sieben vom Bahnhofe Roßleben aus, notierte die Namen und nahm ihnen Blätter ab. In andern Orten wurden die Flugblätter den Inhabern mit Gewalt entrissen. Ueberall schwirrte der „Erlaß des Herrn Regierungs-Präsidenten v. d. Recke“, den Verbreitern um die Ohren. Trotzdem wurde alles bis auf zwei Orte, die nachgeholt werden, regelrecht besorgt.

So hat die Polizei gestern viel Arbeit und die Arbeiter haben viel Spaß gehabt. Und was das Flugblatt nicht an sich wirkt, das wirkt die polizeiliche Nervosität.

„Verein zur Vertretung der Interessen der Katzen und Mäuse.“

Der verflossene Stadtverordneten-Wahlkampf wurde bekanntlich, so weit die internen Interessen des bürgerlichen Mischmasches in Frage kamen, unter der Parole: hie Mieterpartei, hie Vermieterpartei ausgeführt. Die Sozialdemokratie stand beiden Interessenströmungen gegenüber. Nach dem Hauptwahlkampfe sah man dann, wie sich die beiden feindlichen Brüder in die Arme fielen und mit gemeinsamen Kräften den verhaßten Feind, die Sozialdemokratie in der Stichwahl „besiegten“. Seit der Zeit ist eine neue Gründung im Lote, die konsequent verschiedenen Interessen beider bürgerlicher Gruppen zu vereinigen. Wie nun manches möglich ist, so ist auch dies möglich. Das Ei ist ausgebrütet und der nunmehr gegründete Verein erstrebt, wie er selbst sagt: „die Wahrung der Interessen der Mieter und Vermieter; er macht es sich zur Aufgabe, die Annäherung der verschiedenen Berufsstände zu fördern und will ein Sammelpunkt für die gesamte nationalgesinnte Bürgerschaft sein.“

Verein zur Wahrung der Interessen der Mieter und Vermieter. Mit demselben Rechte könnte sich ein Verein zur Wahrung der Interessen der Katzen und Mäuse bilden. Aber die Situation liegt ganz anders. Das Schlagwort Mieterpartei war nur ein Aushängeschild, um Dumme zu fangen. In Wirklichkeit bestehen die Interessengegensätze gar nicht. Unter den Beamtenwählern befinden sich ebenso viel Hausbesitzer als unter den Kommunalvereinlern. Es ist deshalb auch logisch, daß sich der ganze in seinen wirklichen Interessen gleichgeartete bürgerliche Mischmasch in einem Vereine zusammentut, die Stammtisch-Streitigkeiten vergißt und mit vereinten Kräften gegen die Sozialdemokratie vorgeht. Diese Gründung ist aber auf der anderen Seite eine Mahnung für die Dummen, welche sich mit dem Speck der Beamten, genannt Mieterpartei, haben fangen lassen. Sie werden jetzt einsehen, daß die Mausefalle ganz geschickt gestellt war. Die Arbeiterschaft ist sich über die Farce der lächerlichen Bezeichnung einer Mieterpartei längst im Klaren gewesen. Die Geleimten sind die große Zahl der Indifferenten, welche ernsthaft an Interessengegensätze des bürgerlichen Kommunalmischmasches glaubten.

Der neueste Kurs im Justizministerium.

Der Geburtstag des Kaisers wird in diesem Jahre zum ersten Male für sämtliche Justizbeamten der Monarchie ein ein Feiertag sein. Bisher fielen nur die öffentlichen Sitzungen an Kaisers Geburtstag aus. Der neue Justizminister Dr. Beseler hat indessen angeordnet, daß sämtliche Bureaus der Justizbehörden am 27. ds. Mts. geschlossen sein sollen. Für dringende Sachen bleibt dagegen die Einrichtung des sogenanten Sonntagsdienstes bestehen.

Eine Protestversammlung gegen die neuen Stempelsteuervorlagen

wollen am nächsten Freitag die hiesigen Geschäftsinhaber veranstalten. Vor einigen Tagen teilten wir schon die Fragebogen mit, wodurch Erhebungen über die Wirkung der neuen Steuern gemacht werden sollten. Die Wirkung des Protestes wird jedenfalls davon abhängen, ob ein einmütiges Zusammengehen aller Interessenten möglich ist. Bei dem herrschenden Geschäftsneid ist allerdings gar nicht daran zu denken.

Der Städtetag der Provinz Sachsen,

der Freitag in Magdeburg tagte, beschäftigte sich lediglich mit dem Entwurf des Schulunterhaltungsgesetzes, und zwar unter Beschränkung auf diejenigen Bestimmmungen der Vorlage, die das Selbstverwaltungsrecht der Städte in bezug auf die Schule bedrohen. Das Ergebnis war die einstimmige Annahme einer Resolution, in der gegen diese Bestimmungen mit aller Entschiedenheit (!) Front gemacht wird. Um „Mißdeutungen“ vorzubeugen, wurde noch besonders erklärt, daß man ausdrücklich von der Erörterung anderer Bestimmungen des Entwurfs, so derjenigen über die Simultan- oder Konfessionsschule, die auch die Städte nahe berühren, abgesehen habe; (Sehr gut!) man wollte durch eine solche Erklärung von vornherein der Annahme, daß der Städtetag mit diesen Bestimmungen einverstanden sei, weil er sich nicht direkt gegen sie ausspreche, entgegentreten! — Wir berichten noch ausführlich über die Verhandlungen.

Zu der Bluttat eines Sechzehnjährigen,

über die wir schon in voriger Nummer berichteten und das Urteil mitteilten, ist noch folgender Verhandlungsbericht vom Sonnabend nachzutragen:

Als Beisitzer fungieren die Landgerichtsräte Behm und Braun, Landrichter Matthy und Assessor Freitag. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Schlütter und als Verteidiger des Angeklagten wirkt Referendar Eberlein. Als Sachverständige fungieren Kreisarzt Dr. Hermann und Professor Dr. Ziemke. Der Angeklagte benimmt sich sehr gefaßt und gibt auf alle Fragen sehr gelassen Auskunft. Auf die Frage: „Sie haben einen Raubmord begangen?“ antwortet er mit „ja“. Sein Vater ist tot. Er, Angeklagter, lebt bei seiner Mutter und besitzt noch mehrere Geschwister. Er hat die erste Schulklasse besucht und erhielt pro Woche eine Mark Taschengeld. Trotz seiner Jugend besuchte er Kneipen mit Damenbedienung, trank Wein usw. Das nötige Geld dazu verschaffte Albrecht, den er in einem Jünglingsverein kennen gelernt hat. Der Angeklagte erzählt dann die Tat und braucht die Redewendung: „So kam ich dazu, ihn zu ermorden.“

Vorsitzender: Sagen Sie mal, haben Sie sich denn keine Gewissensbisse gemacht, haben Sie denn gar keinen Begriff, was Sie getan haben. Angeklagter schweigt. Vorsitzender: Angeklagter, haben Sie solche Schauerromane gelesen? Angeklagter: Ja, Der Würger 2c. In einem Romane wurde eine ähnliche Geschichte geschildert, wie ich begangen. Der Angeklagte erzählt dann, daß Albrecht öfter seinen Vater bestohlen habe. Mit dem geraubten Gelde hatte er Einkäufe für seine Geschwister gemacht; für sich kaufte er einen Dolch. Seiner Mutter redete er vor, er habe das Geld dazu von seinem Chef erhalten. Die geladenen Polizeibeamten äußern sich über den Befund am Tatort.

Spediteur Lüddecke, bei dem Angeklagter als Lehrling in Stellung gewesen, sagte, anfänglich sei der Junge sehr brav, willig, wenn auch etwas unzuverlässig gewesen. Nach dem Tode des Vaters änderte sich der Junge. Er wurde etwas faul und liederlich, wenn er sich abends vorher umhergetrieben hatte. So freundlich und liebenswürdig er gewesen, so unzuverlässig war er auch. Mit dem geraubten Gelde bezahlte er auch eine Rechnung seiner Mutter. Die Lehrer Wittich und Pätzold können dem Angeklagten, den sie unterrichteten, nichts Böses nachsagen. Er war im Betragen ein guter, im Fleiß ein Mittelschüler. Kreisarzt Dr. Hermann äußert sich über den furchtbaren Befund am Kopfe des Verletzten. Der Schädel war vier Millimeter auseinandergeklafft. Die Gehirnmasse war blosgelegt. Der Tod ist durch die Verletzungen, infolge Gehirnlähmung entstanden. Prof. Dr. Ziemke, der den Angeklagten auf seinen Geisteszustand untersucht hat, bezeichnet den Täter als moralisch schwachsinnig; im Sinne des Gesetzes sei der Angeklagte aber nicht geisteskrank. — Der Staatsanwalt beantragte die höchst zulässige Strafe von 15 Jahren Gefängnis. Der Verteidiger führt eine Reihe Milderungsgründe, insbesondere das Lesen von Schauerromanen, ins Feld. Der Angeklagte wird wegen Mordes und schweren Raubes mit

14 Jahren Gefängnis

(nicht Zuchthaus wie in voriger Nummer berichtet), bestraft. Die Tat zeuge von einer großen Nichtswürdigkeit, hieß es in der Urteilsbegründung.

Aus amtlichen Bekanntmachungen.

Straßen-Sperrung. Behufs Umpflasterung der Seydlitzstraße, zwischen dem Grundstücke Nr. 15 und dem Wege nach dem Galgenberge, wird dieselbe vom 15. ds. Mts. ab für den Fahr- und Reitverkehr bis auf weiteres gesperrt.

Submissions-Ausschreiben. Die Lieferung von Dampf- und Speisewasser-Rohrleitungen für das Pumpwerk I in Beesen a. Elster soll im Wege der Wettbewerbung vergeben werden. Angebote sind bis Donnerstag, den 25. ds. Mts., mittags 12 Uhr, auf dem Bureau unserer städtischen Gas- und Wasserwerke, Unterplan 12, einzureichen, woselbst die Bedingungen und Zeichnungen ausliegen, auch die Verdingungs-Anschläge zu haben sind.

Die Aushebung von Rohrgräben zur Herstellung von Gas- und Wasserleitungs-Einrichtungen soll im Wege der Wettbewerbung vergeben werden. Angebote sind bis Donnerstag, den 25. ds. Mts., vormittags 10 Uhr, an die ebengenannte Verwaltung, einzureichen.

* **Der Provinzial-Landtag der Provinz Sachsen** ist zum 4. Februar 1906 nach der Stadt Merseburg einberufen worden.

* **Die Bau-Kommission** hält am Dienstag den 16. Januar, nachmittags 5 Uhr im Kommissionszimmer eine Sitzung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Erbauung einer Bedürfnisanstalt auf der Peißnitz. 2. Bildung einer Kommission für die Neukanalisation. 3. Aenderung der Fluchtlinien und Höhenlagen für Teile der Liebenauer- und Turmstraße. 4. Nachbewilligung für Kapitel XIII, A, I, 6 diätarische Besoldung der im Hochbauamt beschäftigten Hilfskräfte. 5. Ankauf eines Grundstücks. 6. Ausbau der Hordorferstraße zwischen der Berlinerstraße und der Südgrenze des eisenbahnfiskalischen Geländes. 7. Herstellung von Schneefängen auf dem Dache der Sanitätsanstalt auf dem Schlachthofe. 8. Antrag betreffend Deklarierung eines Vertrages. 9. Erlaß eines Ortsstatuts wegen Erstattung von Pflaster- 2c Kosten. 10. Genehmigung baulicher Veränderungen im Grundstück Kleinschmieden Nr. 5. 11. Verbreiterung und Regulierung des nordwestlichen Fußweges in der Talstraße von der Kröllwitzer Brücke bis zum Gestüt. 12. Festsetzung anderweiter Bau- und Vorgarten-Fluchtlinien nebst Höhenlagen für den Lettinerweg zwischen Kohlenbahn und Pfälzer Schützenhof. 13. Antrag wegen anderweiter Festsetzung von Fluchtlinien für die Grundstücke Marktplatz Nr. 21 nnd Brüderstraße Nr. 1. 14. Genehmigung des in einer Enteignungssache geschlossenen Vergleichs.

* **Schicht-Verkürzung.** Auf den Gruben des Alwiner Vereins, Nietleben-Bruckdorf, wird seit Freitag nur noch mit halber Schicht gearbeitet, die Herabsetzung der Schichtzeit wird mit stockendem Absatz der Kohle begründet.

* **400 M. Belohnung** bietet die Versicherungsgesellschaft Thuringia demjenigen, welcher die in der Nacht vom 10. zum 11. Januar d. J. beim Kürschnermeister Koch, Leipzigerstr. 73, gestohlenen Pelzwaren wieder herbeischafft, bezw. die zu deren Wiedererlangung notwendigen Angaben machen kann. Auch bei teilweiser Wiederherbeischaffung der gestohlenen Gegenstände gelangt ein entsprechender Teil obiger Belohnung zur Auszahlung. Mitteilungen sind zu richten an die Polizeiverwaltung.

* **Richtigstellung.** Zur Richtigstellung der Lokalnotiz vom Sonnabend Ein Denunziant teilt uns Kaufmann Bärwinkel mit, daß Herr Weydemann die Polizisten vor dem Umgange mit Eckardt, nicht aber vor dem Umgange mit ihm, Bärwinkel, gewarnt habe.

* **Eine Reise durch Sizilien und Süditalien** bot der Lichtbildervortrag des Herrn Laube-Leipzig, welcher vom Arbeiter-Bildungsverein gestern abend im Bellevue arrangiert war. Wie gewöhnlich bei diesen interessanten Veranstaltungen war der große Saal wiederum dicht besetzt und jeder der Erschienenen durfte mit großem Interesse den Pfaden des Reisenden folgen. In drei Abteilungen führte uns der Redner an die paradiesischen Fluren Siziliens und Kalabriens sowie an die welthistorischen Stätten der vom Vesuv verschütteten Städte Pompeji, Herculanum und Stabiae. Mit großem künstlerischen Verständnis waren die Gestade der Adria in farbigem Photogramm wiedergegeben und auch die Auswahl der Darstellungen, namentlich jene der verschütteten Kulturstätten Roms, zeugten von großem Verständis für die Eigenart der antiken Kultur. Die populäre Sprechweise des Redners verhalf dem Ganzen zu einer brillanten Wirkung.

* **Zoologischer Garten.** Die Mauserung der Vögel hat in den letzten Wochen starke Fortschritte gemacht, abgesehen von den Enten, Gänsen und Fasanen, die bereits ihr Hochzeitskleid fertig ausgebildet haben, zeigt sich die künftige Pracht in erster Linie bei den Pfauhähnen und den Straußen und manchen anderen. Bekanntlich bekommen viel Vögel, vor allem die großen Raubvögel, ihr endgültiges Gefieder erst, wenn sie eine Reihe von Jahren alt sind. So sei auf die vier See-Adler der großen Raubvögel-Voliere aufmerksam gemacht, von denen einer bei der diesmaligen Mauserung sein charakteristisches Alterskleid bekommt Whi-Tail (zu deutsch Weißschwanz), nennt ihn der Engländer; diese Bezeichnung, die auch in dem wissenschaftlichen Artnamen albicilla zum Ausdruck kommt, gilt lediglich für das Alterskleid. Von Interesse ist auch das augenblickliche Aussehen desjenigen Pinguins, der seit beinahe zwei Jahren im Garten ist; während die beiden neu hinzugekommenen Exemplare zurzeit ein glattes Gefieder haben, ist der alte soeben wieder sehr ruppig, er mausert nämlich zum zweiten Male, nachdem er erst in der ersten Hälfte des November gemausert hat. Diese Schnell-Aufeinanderfolge dürfte sich mit dem kurzen Sommer der Südpolargegenden und mit den entgegengesetzten klimatischen Verhältnissen der nördlichen Halbkugel erklären lassen. — Im übrigen sei mitgeteilt, daß bereits am letzten Mittwoch der Aufsichtsrat die Bilanz des Vorjahres genehmigte und die General-Versammlung Sonnabend, den 3. Februar, nachmittags 5 Uhr, ansetzte.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Dienstag wird Sudermanns vielbesprochenes neues Drama Stein unter Steinen zum 1. Male gegeben. In die Besetzung der Hauptrollen teilen sich die Damen Fanny Wagner, Helene Hallwill, Frau Laßner und die Herren Sieg, Rodius, Berend, Heinz, Nonnenbruch, Scholling und Kaufmann. Herr Sieg hat das Stück in Szene gesetzt. Am Mittwoch nachmittag findet zu den bekannten kleinen Schülerpreisen eine nochmalige Aufführung des Weihnachtsmärchens Dornröschen statt. Die Vorstellung beginnt 3½ Uhr, Billets hierzu werde von heute abend ab an der Theaterkasse ausgegeben. Mittwoch abend wird Glucks Armide zum 1. Mal wiederholt: am Donnerstag folgt die letzte Bettelstudent-Aufführung.

* **Aus dem Bureau des Walhalla-Theaters.** Am Dienstag, den 16. ds. Mts., beginnt ein neuer Spielplan. Es ist der Direktion gelungen, für Halle eine der berühmtesten Geigenvirtuosin Ada Paganini, eine Schülerin von Prof. Josef Joachim, zu einem Engagement zu gewinnen. Ferner ist die bekannte Lieder- und Operettensängerin Baronesse Gerlinde von Berka gewonnen und das Engagement der Vortrags-Soubrette Lotte Mende prolongiert.

* **Aus dem Bureau des Apollo-Theaters.** Das Gastspiel der Liliputaner endigt mit dem heutigen Tage. Versäume es niemand, diese ganz entzückende Sensation sich noch anzusehen. Am 16. Januar beginnt das Gastspiel des Chevalier Ernest Thorn mit seinen großartigen fantastischen Darbietungen: „Eine Reise durch das Traumland.“

Aus den Nachbarkreisen.

Protestversammlungen gegen die Tabaksteuer fanden kürzlich in Delitzsch und Torgau statt. In beiden Versammlungen wurde eine entsprechende Resolution einstimmig angenommen. Die Resolution soll dem Reichstagsabgeordneten zugestellt werden. Der Vertreter für Torgau, Brüschenk v. Lindenhofen, war zwar zu der Versammlung eingeladen, hatte aber weder geantwortet, noch hielt er das Erscheinen für angebracht.

Zeitz. Sozialdemokratischer Verein. In der Versammlung heute abend bei Kämpfe spricht der Redakteur Gen. Hänisch-Leipzig über die politische Lage. Wir hoffen, daß das höchst zeitgemäße Thema alle unsere Mitglieder veranlassen wird, in die Versammlung zu kommen. Gäste haben immer Zutritt.

— Zirka 40000 Flugblätter, die einen Aufruf an das Preußische Volk enthalten und gegen das Wahlsystem zum Landtag protestieren, sind am Sonntag in unserem Wahlkreis verteilt worden. Die verbreitenden Genossen fanden überall gute Aufnahme.

— Eine Streiterei unter zwei Tischlern in einer Werkstatt am Schießgraben endigte in Tätlichkeiten, wobei der eine Tischler durch einen Messerstich im Oberarm und durch Schlagen mit einer Säge am Arm derartig verletzt wurde, daß er das Krankenhaus aufsuchen mußte. Es ist tief bedauerlich, daß unter Arbeitern derartige Rohheiten noch stattfinden, das allerschlimmste aber ist, daß der Messerstecher sich zu denjenigen rechnet, die aufgeklärt sein wollen. Wie wenig das wirklich der Fall ist, beweist seine Tat.

— Unglücksfall. In der Schokoladenfabrik von Oehler ereignete sich ein betrübender Unglücksfall. Der Korbmacher Lässig ist daselbst an einer Maschine beschäftigt; er ließ in dieselbe einen Schraubenschlüssel fallen. Als er denselben herausholen wollte, ohne die Maschine anzuhalten, kam er in das Getriebe und wurde an Armen und Gesicht erheblich verletzt. Arbeiter sollten doch in derartigen Betrieben vorsichtiger sein.

— Die Provinzial-Erziehungsanstalt, die sich jetzt in Zeitz befindet, wird gutem Vernehmen nach am 1. Oktober 1907 nach Nordhausen verlegt.

Zeitz, 14. Jan. (Eig. Ber.) Maßregelung? In der Firma Emmerling, Nudelfabrik, wurde am Sonnabend ein Arbeiter gekündigt. Da demselben in den letzten vier Monaten dreimal am Lohn zugelegt wurde, muß derselbe doch zur Zufriedenheit des Chefs gearbeitet haben. Es kann also nur angenommen werden, daß er seine Kündigung deshalb erhielt, weil auf seine Veranlassung demnächst eine Fabrikbesprechung stattfinden sollte, in der über manche Verhältnisse in der Fabrik gesprochen werden sollte. Einem andern Arbeiter gegenüber hat der Chef wiederholt die Worte „Stromer und Schmarotzer“ gebraucht, also auch in Schimpfwörtern scheint Herr Emmerling sehr freigebig zu sein. An den Maschinen werden zum Teil Mädchen beschäftigt, die erst 15 Jahre alt sind. Herr Emmerling, mit dessen Fabrik wir uns schon wiederholt beschäftigten, setzt seine Waren zum großen Teil in Konsumvereinen ab. Jedenfalls werden die letzteren sich mit den Verhältnissen der Emmerlingschen Fabrik näher befassen.

— Sitzung des Gewerbegerichts vom Mittwoch. Vorsitzender Stadtrat Dreikluft, Beisitzer Fabrikant Gerhardt und Tischler Bauer.

Der Korbmacher Meier verlangt von der Firma Hesselbarth 14 Tage Lohn, weil er nach seiner Meinung nicht ordnungsgemäß gekündigt ist. Das Gericht stellte aber das Gegenteil fest. Der Kläger wird abgewiesen und zur Tragung der Kosten verurteilt.

Dann klagt der Lackierer Singer gegen die Firma Pfeiffer auf Zahlung des Lohnes für einen Tag. Kläger ist Sonnabends gekündigt worden, da die Kündigung im Lohnbeutel lag, aber schon Freitags entlassen. Pfeiffer muß Kläger für den einen Tag sofort drei Mark zahlen.

Luckenau, 15. Januar. Eine Revierkonferenz des Zeitz-Weißenfels-Meuselwitzer Braunkohlen-Revier tagte gestern hier. Einstimmig wurde beschlossen, an die Berg-Verwaltungen Forderungen zwecks Besserung der Lohn- und Arbeits-Verhältnisse einzureichen.

Weißenfels, 15. Januar. Straferlaß? Es wird uns mitgeteilt, daß der Arbeiterin Händel, die vom Schwurgericht wegen Landfriedensbruch gelegentlich des Schuhmacherstreiks zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde, die Strafe erlassen sein soll. So sehr es zu begrüßen wäre, wenn eine Verurteilte, der nur die Anwesenheit in einer Volksmenge nachgewiesen werden konnte, die Strafe nicht zu verbüßen brauchte, so ist doch zunächst festzustellen, von wem der Straferlaß verfügt wurde, bezw. wer die Veranlassung dazu gegeben hat. Das verletzte Rechtsempfinden des Volkes durch einen Gnadenakt beruhigen zu wollen, mag anderen angebracht scheinen, wir können nur immer wiederholen, daß uns statt Gnade Recht wird.

Lützen, 15. Januar. Amtsdiener als Sittlichkeitsverbrecher. Vor einigen Tagen wurde der Amtsdiener Franz Berger aus Tollwitz verhaftet und in das hiesige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Er soll sich sittlicher Verfehlungen an Schulkindern schuldig gemacht haben. B. war wegen gleicher

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060116-19/fragment/page=0007

Dieser vor längerer Zeit bereits einmal unter Anklage gestellt, kam aber damals mit einer Geldstrafe davon.

Hettstedt, 15. Januar. **Die Liebe zum Soldatenstand.** Der von hier stammende Soldat Leidholdt, der zum Herbst zum Militair eingezogen war und seiner Militärpflicht in Rastatt genügen sollte, hat sich von seinem Truppenteil entfernt, um, wie es heißt, in die Fremdenlegion in Algier einzutreten.

Nichtewitz, 15. Januar. **Reiche und arme Selbstmörder.** Der Leutnant W. Gersten vom Artillerie-Regiment in Riesa, ein Sohn des bekannten Faktors Gersten in Arzberg, hat sich erschossen. Während sonst der Kriegerverein bei seinen Mitgliedern, die sich das Leben genommen haben, nicht mit zur Beerdigung geht, konnte man hier beobachten, wie alles in Reih und Glied aufmarschiert war, um dem Verstorbenen das letzte Geleit zu geben. Der Arbeiterbewegung können derartige verschiedene Behandlungsarten nur förderlich sein, denn dadurch werden auch dem Indifferentesten die Augen geöffnet.

Bockwitz, 15. Januar. **Gemeinderatswahl.** Die Liste der stimmberechtigten Gemeindeglieder liegt vom 15. bis 30. Januar im Bureau des Ortsrichters Starke aus.

— **Fortbildungsschule.** Das Ortsstatut, betreffend die gewerbliche Fortbildungsschule in Bockwitz, ist veröffentlicht und tritt am 1. April in Kraft. Wir können die Einrichtung der Fortbildungsschule nur begrüßen, vorausgesetzt, daß sie den Anforderungen, die man an ein Volksbildungsinstitut stellen kann, entspricht.

Wittenberg, 12. Jan. **Leichenfund.** Anfang Nov. verschwand hier die in der Lutherstraße in Dienst stehende unverehelichte Emilie Gersch aus Halle, ohne daß eine Spur von ihr zu ermitteln gewesen wäre. In der am Dienstag in der Nähe des Durchlichs gelandeten Leiche ist nun, dem Wittb. Tagebl. zufolge, die Verschwundene durch ihren aus Halle herbeigerufenen Vater erkannt worden. Die Leiche soll nach erfolgter Freigabe zur Beerdigung nach Halle überführt werden.

Halberstadt, 15. Januar. **Die Bauarbeiter-Aussperrung** ist beendet. Die Maurer und Bauarbeiter haben die kürzlich von dem Arbeitgeberverbande aufgestellten Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkannt und die Arbeit wieder aufgenommen.

Ohrdruf, 13. Jan. **Invalidenbeitragsgelder-Unterschlagung.** In der Fabrikkrankenkasse der größten hiesigen Spielwarenfabrik, Firma Karl Beck, sind Unregelmäßigkeiten entdeckt worden. Es sollen bedeutende Unterschleife beim Einkleben von Invalidenmarken vorgekommen sein. Der Fehlbetrag wird auf etwa 1200 Mk. geschätzt. Der Fabrikinhaber ist plötzlich verreist.

Heiligenstadt, 15. Januar. **Ausstand.** In der hiesigen Zementfabrik sind die Arbeiter in den Ausstand getreten. „Ausständige überfielen einen arbeitswilligen Familienvater und brachten ihm mehrere Messerstiche bei". So meldet ein bürgerliches Blatt. Die Bestätigung bleibt abzuwarten.

Halle, 15. Januar.

* **Radaubrüder** drangen am Sonnabend abend in die Wohnung des Bauarbeiters Schönfeld, Bergstraße 4, ein. Es kam zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf zwei Eindringlinge die Treppen hinuntergeworfen wurden. Die Polizei wurde sodann benachrichtigt, welche die Rowdys auf Nummer Sicher brachte.

* **Umgestürzt** ist am Sonnabend abend in der fünften Stunde in der Magdeburgerstraße ein der Leutertschen Maschinenfabrik gehöriger mit Eisenteilen beladener Wagen. Die Eisenteile lagen auf der Straße und auf dem Trottoir herum. Der dabei verunglückte Kutscher mußte in die Klinik geschafft werden.

* **Schwerer Unglücksfall.** Am Freitag abend stieß ein Motorwagen mit dem Krankenwagen des 75. Feld-Artillerie-Regiments zusammen. Ein Unteroffizier, der auf dem Bocke saß, wurde herabgeschleudert und erlitt schwere innere Verletzungen.

Gewerkschaftliches.

Buchdruckerstreik in Essen. Sämtliche Setzer und Drucker der Offizin der Rheinisch-Westfäl. Ztg. haben ihre Kündigung eingereicht. Sämtliche Angestellte gehören dem deutschen Buchdrucker-Verbande an.

Der Chef der Firma, Dr. Reismann-Grone, versuchte schon seit längerer Zeit die Gehülfen zum Austritt aus dem Verbande zu bewegen. Nachdem aber kürzlich eine Aussprache zwischen Dr. Reismann-Grone und dem Vertrauensmann der Gehülfen stattgefunden, bei welcher der Chef auf Ehrenwort versicherte, daß er gegen die Verbändler garnichts einzuwenden habe, glaubten die Gehülfen, der Friede sei wieder gesichert. Sie hatten sich aber getäuscht, denn nach zwei Tagen machte der zweite Faktor, Jonas, den Versuch, zwei Gehülfen zum Austritt aus dem Verband zu veranlassen. Nun beschlossen die Gehülfen, eine bestimmte Erklärung und die Entlassung des Faktors zu verlangen. Das wurde abgelehnt, worauf Freitag vormittag 50 Gehülfen die Kündigung einreichten.

283 Eisarbeiter der Phönix-Eisenwerke in Königsberg sind am 12. Januar in den Streik getreten, weil ihre Forderung um fünf Pfennig Lohnerhöhung, wegen der lebensgefährlichen Arbeit auf dem morschen Eise des Oberteiches, abgelehnt wurde.

Die Aussperrung auf der Neptun-Werft in Rostock dauert unverändert fort! Die Maßnahme der Betriebsleitung, die Nichtorganisierten zur Aufnahme der Arbeit zu veranlassen, ist als ein Schlag ins Wasser zu bezeichnen. Außer den Meistern, Vorarbeitern und Lehrlingen sind nur 130—140 Mann von 1600 beschäftigt. Diese Zahl ist so gering, daß die Werftleitung nun entweder Arbeitswillige in sehr großer Zahl heranziehen oder den Betrieb schließen muß!

Schiffszimmerer, Schiffsbauer, Schmiede, Kesselschmiede, Maschinenbauer, Schlosser, Dreher, Former, Kupferschmiede, Tischler, Maler, kurz alle am Schiffsbau beteiligten Handwerker und deren Hilfsarbeiter werden ersucht, ihren Rostocker Kollegen nicht in den Rücken zu fallen.

Ausland.

Schweiz. Passive Resistenz üben die Buchdrucker in der Westschweiz aus, weil die Unternehmer den Wegfall der bisherigen Arbeitsstunde von 5 bis 6 Uhr an den Tagen vor den Sonn- und Festtagen infolge des neuen Sonnabend-Gesetzes an den anderen Wochentagen wieder einbringen wollten. Die Arbeiter fangen nun am Morgen erst um 8 Uhr statt um 7 Uhr wie bisher an. Dieses Stück „direkter Aktion" dürfte die Unternehmer wohl bald zum Verzicht auf ihr arbeiterfeindliches Vorhaben veranlassen.

Versammlungsberichte.

Fachverein der Zimmerer, Halle. Am 6. Januar hielt der Fachverein der Zimmerer von Halle und Umgegend seine Mitgliederversammlung ab. Da der Bildhauer Koppe, welcher in dieser Versammlung einen Vortrag halten wollte, abgesagt hatte, referierte Genosse Lepitz über das Thema: **Warum führen wir den Klassenkampf?** Derselbe entledigte sich seiner Aufgabe zur Zufriedenheit der Anwesenden, welches der Beifall bewies, der dem Redner am Schluß seines Vortrages zuteil wurde. In die Diskussion griff unter andern Rednern auch Genosse Schneider-Düsseldorf ein, welcher den Brauereistreik im Rheinlande vorführte und hervorhob, wie sich die Klassengegensätze sogar unter den Arbeitern zugespitzt hätten. Genosse Leyitz erklärte aber Genossen Schneider, daß die dortigen Kollegen eine ganz falsche Taktik eingeschlagen hätten und in Zukunft anders vorgehen müßten. Unter Vereinsangelegenheiten wurde beschlossen, das Stiftungsfest am zweiten Osterfeiertage im Bellevue abzuhalten, und wurden dazu fünf Kollegen in das Vergnügungskomitee gewählt. Erwähnt wurde noch, daß heute der Bauunternehmer H. Meise im Kreise seiner Arbeiter sein 25jähriges Geschäftsjubiläum im Burgtheater feiert. Was Meise für ein liebenswürdiger Arbeitgeber ist wissen bald sämtliche Zimmerer von Halle. Einige Kollegen führten hierfür treffende Beispiele an. Es wurde beschlossen, Kontrolle über die Arbeitsverhältnisse an dieser Stelle auszuüben, eventuell den Platz zu sperren. Am 20. Januar findet die Generalversammlung statt. Hierzu muß jeder Kollege erscheinen. (Eing. 10. Jan.) F. B.

Sozialdem. Verein Klein-Wittenberg-Piesteritz. In der Versammlung vom 8. Januar wurde nach Erledigung der Vorarbeiten zur Flugblatt-Verbreitung beschlossen, die Versammlungen im Winterhalbjahr am 2. Sonntag im Monat, Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, und im Sommerhalbjahr jeden 2. Montag, abends 8 Uhr, abzuhalten. Darauf gibt der Genosse Bode bekannt, daß er die Kasse revidiert und in bester Ordnung vorgefunden habe, und ersucht dem Kassierer K. Krüger Decharge zu erteilen. In diesem Jahre finden die Gemeindeorats-Wahlen statt. Die Listen liegen vom 15. bis 30. ds. Mts. beim Gemeinde-Vorsteher aus.

Genosse H. Mücke führt Klage, daß der Beschluß, von jede wichtigen Gemeinderats-Sitzung einen Bericht im Volksblatt zu veröffentlichen, nicht gehalten wird. Der Gemeindevertreter F. Roming hält dem entgegen, daß seine von ihm eingesandten Berichte vom Volksblatte nicht veröffentlicht seien; es wurden in dieser Hinsicht noch mehrere Beschwerden laut. Die Versammlung ist der Ansicht, daß das Volksblatt auch in dieser Hinsicht unseren Wünschen Rechnung tragen möge. Auch wurde lebhafte Klage darüber geführt, daß unser Lokal in Klein-Wittenberg, Kropprinz, bei verschiedenen Veranstaltungen nicht genügend geheizt worden sei. Es wurde beschlossen, mit dem Wirt in nächster Versammlung Rücksprache zu nehmen. Im März soll ein Strelewycz-Abend stattfinden. N.

Sozialdemokratischer Verein Nebra. Am 7. Januar hatten sich die Genossen zusammengefunden, um ihre Zahltage festzusetzen. Es waren 27 Mann anwesend, welche darin einig wurden, jeden zweiten Sonntag im Monat zusammenzukommen. Sonntag, den 21. Januar, wollen wir uns auch in unsern Lokalen treffen, um über das Dreikiassenwahlrecht zu reden. Von mehreren Mitgliedern ist eine Bibliothek gegründet, welche bis jetzt über 20 Werke und Broschüren enthält. Die Zahl der Volksblatt-Abonnenten beläuft sich auf 85. O. N.

Sozialdemokratischer Verein Naumburg. In der letzten Monats-Versammlung gibt der Vorsitzende bekannt, daß die Petition betreffs Aufhebung des Bürgerrechtsgeldes aufgestellt sei. Dieselbe wird verlesen und mit einigen Aenderungen angenommen. Dann wird die Abrechnung der Stadtverordneten-Wahl gegeben, welche von der Versammlung gutgeheißen wurde. Dieselbe weist eine Ausgabe von 46.00 M. und Einnahme von 0.80 M. auf. Hierbei wird angefragt, ob wir uns an einer ev. Neuwahl beteiligten müßten was vom Vorsitzenden bejaht wird. Bei der sich nun anschließenden Vorstands-Wahl wird Genosse Rothe als 1. Vorsitzender und Neumann als 2. Vorsitzender gewählt.

Aus dem Reiche.

Berlin. Selbstmord. Die Gattin des Generalstabsoffiziers Frhrn. v. Richthofen, geb. Dirksen, sprang in einem Anfall von Geistesstörung von der Alsenbrücke ins Wasser. Den Bemühungen, sie zu retten, setzte die Lebensmüde Widerstand entgegen. Endlich gelang es, die junge Dame aus dem Wasser zu ziehen, allein auf dem Wege in die Charitee verstarb sie.

Breslau. Genickstarre. Nach amtlicher Mitteilung sind im Laufe des Monats Dezember in Oberschlesien 61 Erkrankungen und 34 Todesfälle an Genickstarre zur Anmeldung gelangt.

Kattowitz. Gattenmord. In Neubielau ermordete die Althändlersfrau Lechen ihren Gatten, mit dem sie seit acht Tagen verheiratet war. Die Flüchtige wurde gestern abend in Myslowitz verhaftet; sie ist geständig.

Hannover. Selbst gestellt. Frau Baronin von Königswarter hat sich nunmehr durch die Kriminalkommissare Homrich und Hansen der Polizei selbst gestellt. Am Sonnabend werden die Vorverhandlungen ihren Anfang nehmen.

Hamburg. Abgetriebene Schleppkähne. Der Schleppdampfer Saturn, mit drei mit Wolle beladenen Kähnen von Bremerhaven kommend, verlor infolge Reißens der Trossen zwei Kähne am Notesand-Leuchtturm. Man befürchtet, daß die wertvolle Ladung und die Besatzungen der beiden Kähne von je vier Mann bei dem schweren Unwetter verloren sind.

Köln (Rhein). Ertrunkenes Ehepaar. Wie sich nunmehr herausstellt, handelt es sich bei dem am Mittwoch im Rheinauhafen ertrunkenen Ehepaar um einen in der Bonner Blindenanstalt beschäftigten vollständig erblindeten Mann sowie einer halbblinden Frau, die abends per Schiff nach Bonn zurückkehren wollten, dabei aber in der Dunkelheit in den Strom stürzten.

München. Meuterei im Gefängnis. Eine blutige Meuterei spielte sich in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag in der Angerstrafanstalt ab. Vier Gefangene, darunter der zum Tode verurteilte Holzhändler Schadler, hatten sich die Freiheit verschafft. Durch die Gefängniswärter wurde das Militär alarmiert. In dem stattfindenden Kampfe wurden zwei der Ausgebrochenen durch Säbelhiebe verletzt. Auch ein Aufseher wurde schwer verwundet.

Heidelberg. Duellbeleg. Die Strafkammer hatte sich am Freitag mit einer Duellaffäre zu befassen. Der Rechtskandidat Berdel hatte den Studenten Dillenius aus München einen „Kneifer" genannt. Eine Säbelforderung, die der Student Gerhardt aus Frankenthal überbrachte, war die Folge. Die Forderung wurde auch angenommen. Die Strafkammer erkannte auf Festungsstrafen für den Forderer und den Geforderten von je 6, für den Kartellträger auf 3 Tage.

Letzte Nachrichten.

Revolution in Rußland.

Petersburg, 15. Januar. Der Verweser des Ministeriums des Innern, Durnowo, ist unter Belassung im Reichsrate zum Minister des Innern ernannt und in Anerkennung seiner ausgezeichneten eifrigen Dienste zum Wirklichen Geheimen Rat befördert worden. Diese Ehrung eines brutalen Polizeimenschen beweist, daß die schwärzeste Reaktion am Zarenhofe die Herrschaft erlangt hat, der revolutionäre Gegenschlag wird nicht ausbleiben.

Petersburg, 15. Jan. Nach Meldung aus Tiflis explodierte auf der Station Jewly eine in Moskau aufgegebene Postsendung, wodurch 18 Personen verwundet wurden. Wie ferner berichtet wird, ist die telegraphische Verbindung zwischen Petersburg und Irkutsk unterbrochen, da die Aufständischen die Drähte durchschnitten haben. Die Bemühungen, die indo-europäische Telegraphenlinie auszubessern, sind infolge der Aufstandsbewegung gescheitert.

New-York, 15. Januar. Aus Washington wird gemeldet: Die Regierung gab jede Hoffnung auf, sich mit Deutschland wegen des Handelsvertrages zu verständigen und bereitet den Zollkrieg vor.

Paris, 15. Januar. Aus Algeciras wird gemeldet: Als erster Gegenstand der Tagesordnung der Marokko-Konferenz ist die Angelegenheit über die Maßnahmen gegen den Waffenschmuggel vorgesehen. Der folgende Gegenstand wird eine wirtschaftliche Angelegenheit sein. Der wichtigste Punkt, der der Polizeireformfrage, ist für den Schluß aufgespart.

London, 15. Januar. Von 670 zu wählenden Abgeordneten sind bisher 66 gewählt. Davon entfallen auf die Liberalen 34, auf die Arbeiterpartei 11, die Unionisten 11, die Irländer 7. Die Liberalen gewannen bis jetzt 21 Sitze.

Brüssel, 15. Januar. Der Verband der Grubenarbeiter des Mittelbeckens beschloß nach vierstündiger Beratung, daß angesichts des Mangels an Streikgeldern für einen längeren Ausstand und im Hinblick auf die Versprechungen der Arbeitgeber, betreffend Lohnaufbesserungen, augenblicklich kein Anlaß vorliege, den Generalausstand zu proklamieren.

Berlin, 15. Januar. Wegen Verkuppelung von Kindern wurde die 43jährige Dienstmagd Bröhl verhaftet.

Briefkasten der Redaktion.

W. Kr. in H. Die Herrschaft muß das Mädchen ohne Einhaltung der Kündigungsfrist entlassen, wenn die Hilfe des Mädchens zur Pflege der erkrankten Eltern erforderlich ist. Das Mädchen ist jedoch verpflichtet, in diesem Falle für einen Ersatz zu sorgen. Unterbleibt das, so ist die Herrschaft nach der Gesindeordnung allerdings berechtigt, die erwachsenden Kosten dem Mädchen anzurechnen. Sehen Sie also zu, daß sie nachträglich ein anderes Mädchen für den Dienst gewinnen. Die Sachen Ihrer Tochter muß die Herrschaft unbedingt herausgeben. Nehmen Sie, wenn nötig, die Hilfe des Amtsvorstehers in Anspruch.

Streitköpfe. In Rußland besteht der Schulzwang nicht; ein großer Teil der Landbevölkerung kann nicht oder nur notdürftig lesen und schreiben.

Frau W. in A. Meinen Sie vielleicht die Hamburger Maschinenstrickerei, deren Annoncen anfangs Aufnahme im Volksblatt gefunden, deren Schwindeleien wir aber aufgedeckt haben?

Luise H. Zunächst die hiesige Baugewerbeschule (Handwerkerschule) ein halbes Jahr lang und dann eine der staatlichen oder privaten Fachschulen. Die nächste der staatlichen ist in Erfurt. Der Besuch dauert drei oder vier Halbjahre. Die Kosten betragen insgesamt bei bescheidenen Ansprüchen etwa 2000 Mark.

W. Str. in W. Sie müssen das Bürgerrechtsgeld zahlen, sofern es ortsstatutarisch eingeführt ist.

Greppin. Die Polizei hat nicht das mindeste Recht, aus öffentlichen Versammlungen Frauen oder Kinder auszuweisen, gleichviel, ob es sich um politische oder gewerkschaftliche Versammlungen handelt. Nur für Vereins-Versammlungen politischer Vereine besteht das beschränkte Zutrittsrecht.

H. 43. Wir wissen nicht, wer vor hundert Jahren Eigentümer des Schlosses zu Kalbe gewesen ist, finden darüber auch keine Auskünfte in den uns zur Verfügung stehenden Nachschlagebüchern.

Fr. Gr. in Z. 1. Die Depesche war fehlerhaft. Statt 150000 M. mußte es heißen 15000 M. Es sollten die Erbschaften unter 15000 M. steuerfrei bleiben. 2. Das Reich hat bis jetzt keine direkten Steuern, sondern seine Einnahmen ergeben sich sämtlich aus indirekten Steuern. Sofern diese nun nicht zureichen zur Deckung der etatmäßig genehmigten Reichsausgaben, sind nach der Reichsverfassung die Einzelstaaten verpflichtet, den Fehlbetrag aufzubringen und an das Reich abzuführen. Diese Leistungen der Bundesstaaten an das Reich werden Matrikularbeiträge genannt. Sie werden jetzt nach der Kopfzahl von jedem Bundesstaate erhoben. Fehlen also beispielsweise im Reichsbudget 120 Millionen Mark, so kommen, die Bevölkerungszahl Deutschlands mit 60 Millionen angenommen, auf den Kopf 2 Mark, und jeder Bundesstaat müßte dann doppelt so viel Mark an das Reich abführen als er Einwohner hat. 3. Die Höhe dieser Matrikularbeiträge ist bis jetzt unbeschränkt. Wäre also der Fall eingetreten, im Reichshaushalt fehlten 600 Millionen Mark, so müßten eben die Einzelstaaten pro Kopf ihrer Bevölkerungszahl 10 Mark ans Reich zahlen. Dadurch wird das Budget der Kleinstaaten stark erschüttert. Deshalb soll reichsgesetzlich ein Höchstbetrag (Maximum) der Matrikularbeiträge festgesetzt werden.

Frau R. Es ist uns angenehm, auch von Ihnen zu hören, daß der Roman Ich bekenne ansprucht. Im weiteren Verlaufe wird das Bekenntnis der Frau, die sich zum Sozialismus durchgerungen hat und die ihrem Mann ihren seelischen Entwicklungsgang beichtet, noch weit anziehender.

Sch. Der Titel kann auch um deswillen hinzugefügt worden sein, weil es nach andere Frauen gleichen Namens gibt. Es mag sein, daß Ihre Auslegung der Bezeichnung „Frau Stadtverordnete" richtiger ist, Hochmut und Titelsucht als Beweggrund anzunehmen, soll man nicht tun.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Süd, Steinweg 2), 12. Januar.

Aufgeboten: Feilenhauer Stummer und Alwine Claus (Geiststraße 3 und Langestraße 21). Bergingenieur Thumann und Thekla Körber (Halle a. S. und Braunschweig). Arbeiter Wernstedt und Marie Dannieß (Narey).

Eheschließung: Kaufmann Franke und Thekla Fratscher (Leipzigerstraße 82 und Vötzneck).

Geboren: Seiler Wagner S. (Lindenstraße 56). Stanzer Koch T. (St. Ulrichstraße 5). Lokomotivhilfsheizer Backhaus T. (Landsbergerstraße 64). Schieferdecker Schumann T. (Rittterstraße 4). Arbeiter Kubiak S. (Liebenauerstraße 171). Arbeiter Mieth T. (Jakobstraße 46). Schmied Albrecht S. (Lindenstraße 55). Schneider Lehmann S. (Mansfelderstraße 11). Tapezierer Becker T. (Meckelstraße 8). Handelsmann Stoye T. (Bärgasse 2). Stellmacher Springer T. (Mittelwache 15).

Gestorben: Kupferschmied Schuster T., 8 J. (Pfännerhöhe 55). Maiers Brauer T., 9 Mon. (Dryanderstraße 13). Arbeiters Seyfert S., 1 Mon. (St. Ulrichstraße 8). Schlosser Kribus, 25 J. (Klinik). Schneider Herrmann, 28 J. (Klinik). Bergarbeiter Kirsche, 26 J. (Klinik). Witwe Rocker geb. Brachert, 77 J. (Gommergasse 1).

Halle (Nord, Burgstraße 38), 11. Januar.

Aufgeboten: Bankbeamter Pilz und Frida Gesau (Friedenau und Karlstraße 31).

Geboren: Bäckermeister Kirchert S. (Große Brunnenstraße 11). Lehrer Mäder S. (Uhlandstraße 2). Arbeiter Heinrich S. (Gabelsbergerstraße 14).

Gestorben: Fabrikpackmeister Tänzer, 55 J. (Friedrichstraße 29).

12. Januar.

Aufgeboten: Restaurateur Meier und Anna Heyer (Lessingstraße 36 und Hardenbergstraße 40). Restaurateur Reiher und Julie Schulze geb. Boiesky (Ludwig Wuchererstr. 3). Drogist Hädicke und Margarete Horn (Jägerplatz 22 und Jakobstraße 60).

Geboren: Konditor Wetterling S. (Trotharstraße 2). Fabrikarbeiter Kliebe T. (Trotharstraße 50). Fleischer Wittig T. (Leipzigstraße 21). Korbschneider Mennicke S. (Wörthstraße 10a).

Gestorben: Hausmann Heyer, 52 J. (Paradeplatz 4). Fabrikarbeiters Herrmann T. (Trotharstraße 48 b). Elisabeth Leutgeb, 20 J. (Albrechtstraße 16).

Verantwortlicher Redakteur: A. Molkenbuhr in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190601 16-19/fragment/page=0008